

Ostland

Halbmonatsschrift für den gesamten Osten

Verlag Bund Deutscher Osten G. m. b. H., Berlin W 30, Mohrenstr. 46. Fernruf W 5, Barbarossa 0914.
Rechtsanwalt Berlin 658 33. — Verantwortlich für die Schlußleitung: Dr. Otto Grebel, Berlin-Friedenau.
Zweite 2 — Druck: Konzentration W 30, W 30, Spandau, Ziegelstraße 35. — Erscheint monatlich, zweimal. — Verbreitung
vierteljährlich RM 0,90 — Einzelnummer 1 RM, 0,20 und 1 RM, 0,05 Postgebühr. — Anzeigenpreise 2 — J. u. W. g.

Nr. 18

Berlin, den 15. September 1935

16. Jahrgang

Der entwertete Pakt

Vor drei Jahren etwa kam der Nichtangriffspakt zwischen Warschau und Moskau zustande. Ob Moskau damals wirklich an einen Erfolg der Aktion geglaubt hat, läßt sich schwer sagen. Wahrscheinlich hat es beim Paktabschluss weniger an sein Verhältnis zu Polen als an seine Beziehungen zu Frankreich gedacht. Letzteres ist ja auch nicht zuletzt durch den polnisch-russischen Pakt seine Umgruppierung der Mächte ausgelöst worden, die ganz wesentlich durch den Einbruch der Sowjetpolitik nach Europa gekennzeichnet wird. Warschau hat durch den Pakt mit Moskau zu seinem Teil dazu beigetragen, diesem sowjetischen Einbruch die Wege zu ebnen. Denn die außenpolitische Selbständigkeit, die es durch den Abschluß des Paktes bewies, trug in erheblichem Maß dazu bei, Frankreichs damals noch zurückhaltende Politik einer Annäherung an die Sowjetunion zu beleben. Das aber hatte Polen ganz bestimmt nicht gewollt; Moskau dagegen hatte wohl von vornherein mit einer solchen Wirkung gerechnet, die ihm den Pakt mit Polen erst wirklich begehrenswert machte. Es hat sich die Folgen des Paktes sehr gerne zunutze gemacht. Um den Pakt selber hat es sich nachher ziemlich wenig getümmelt.

Warschau dagegen schien damals große Hoffnungen auf seine neue Freundschaft zu setzen. Diese Hoffnungen haben sich dann freilich auf keinem Gebiete erfüllt. Die russischen Aufträge, die die polnische Industrie beleben sollten, gingen nicht ein. Wo immer sich Polen außenpolitisch zu entfalten versuchte, stieß es auf die Gegnerschaft Moskaus. Die kulturelle Annäherung, von der man in den Fitterrreden des Paktes geredet hatte, blieb, soweit sie überhaupt verlautet wurde, eine einseitige polnische Leistung. Aber Warschau war weiterhin optimistisch, wenn der Optimismus mit der Zeit auch etwas trampfaste Züge annahm. Oberst Beck fuhr nach Moskau, um den Krenl von der Ungefährlichkeit der deutsch-polnischen Entspannung zu überzeugen. Er legte dem Wunsch der Sowjets, in den Völkerbund aufgenommen zu werden, kein Hindernis in den Weg, und er veranlaßte durch die sonst freundschaftliche Haltung eine Reihe anderer, kleinerer Staaten, auf ihren Widerstand gegen diese fragwürdige Bereicherung der Genfer Institution zu verzichten. Und während seines Berliner Beschlusses stimmte der Chor der polnischen Regierungsblätter dem Ton seiner gedämpften Freundschaften gegenüber dem westlichen Nachbarn sehr sorgsam, fast liebevoll, auf die Moskauer Empfindlichkeit ab.

Es hat erst des Kongresses der Kommunistischen Internationale bedurft, um auch Warschau davon zu überzeugen, daß eine polnisch-russische Annäherung, die über das notwendige Maß formeller Korrektheit hinausgeht, eine irrende Angelegenheit ist. Zwar verzichtete die polnische Regierung auch jetzt noch darauf, sich in derselben Weise, wie es andere Mächte durch ihre scharfen Proteste gegen die bolschewistische Zerlegungsarbeit taten, von Moskau zu distanzieren. Doch machte sich in der polnischen Regierungspresse immerhin eine etwas kritischere Einstellung gegen Moskau bemerkbar. In der „Gazeta Polska“ erklärte Oberst Niedzwiedzki in einem vielbeachteten Auffassungs-

Polen wohl an der Politik des Nichtangriffspaktes mit der Sowjetunion festhalten mochte, daß dabei aber natürlich vorausgesetzt werden müsse, daß sich auch die Gegenseite entsprechend verhält. Daß das der Fall ist, kann niemand behaupten. Die kommunistische Internationale denkt nicht daran, um der „Heiligkeit“ eines Paktes willen von einer Einmischung in die innerpolnischen Verhältnisse Abstand zu nehmen; und ebenso wenig sieht die Moskauer Außenpolitik einen Grund, die polnischen Interessen zu schonen. Die europäische Politik hat eine Entwicklung genommen, in der dem polnisch-russischen Pakt keine wesentliche Bedeutung mehr zukommt.

Polen befindet sich, seinem östlichen Nachbarn gegenüber in keiner glücklichen Lage. Moskau steht sowohl als Partei, wie als Staat gegen Polen im Angriff. In Rußen herrscht Karoff. Rumänien ist dem polnischen Einfluß entfallen. Und die Tschechi rühmt sich ihrer bolschewistischen Freundschaft. Die baltischen Staaten entziehen sich aus begrifflicher Furcht vor eindeutigen Entschlüssen allen Verbindungen. Sie als machtpolitische Basis zu nutzen. Die nordischen Länder konnten als aktive Bundesgenossen weder für noch gegen Polen in Frage. Das Verhältnis zu Ungarn ist freundschaftlich, aber angesichts der gegenwärtigen Situation im Südosten notwendigerweise platonisch. Polen ist auf drei Seiten von der russischen Zange umgeben. Daß diese Zange eigentlich dazu bestimmt ist, einen anderen Gegner zu fassen, ändert an der polnischen Lage nur wenig. Was sich dem Schnittpunkt der beiden Hebel am nächsten befindet, muß, wenn die Zange geschlossen wird, zuerst daran glauben.

Es kommt nur auf die Härte des Widerstandes an, der dem Hebel entgegengelegt werden kann. Außenpolitisch bietet der Zusammenhalt zwischen Deutschland und Polen beiden Partnern eine genügende Stärke. Innerpolitisch hat Deutschland von Moskau her nichts zu befürchten; und Polen ist eben dabei, die schwächste Stelle seines inneren Widerstandes gegen die Sprengkraft fremder Ideen: seine Position in den ukrainischen Provinzen, den Erfordernissen der außenpolitischen Lage entsprechend zu stärken. Die Bemühungen um einen Ausgleich mit den Ukrainern, die schon längere Zeit vor den letzten Wahlen einlegten, sind zweifellos weniger durch die Erfordernisse der Wahlen selbst als durch außenpolitische Notwendigkeiten bedingt.

Polen muß sich in seinem Verhältnis zur Sowjetunion notwendigerweise auf die Defensivseite beschränken. Es kann sich nur ein offensives Vorgehen nicht leisten. Aus diesem Grunde hält es nach wie vor am Nichtangriffspakt fest, obwohl es inzwischen erkannt hat, daß sich mit diesem Pakt weder das Bild der bolschewistischen Zerlegung noch der Stolz der Roten Armee aufhalten läßt. Der Pakt wurde jederzeit von polnischer Seite als ein Sieg über die deutsch-russische Zusammenarbeit gefeiert. Von einer solchen kann schon lange keine Rede mehr sein. Berlin und Moskau werden durch mehr als durch einen Pakt voneinander getrennt. Und ein Pakt reicht nicht aus, um Warschau und Moskau an einander zu binden. Dr. K.

Geringe Wahlbeteiligung in Polen

Die Konalität der deutschen Volksgruppe

Der „Rat der Deutschen in Polen“ hatte es jeden August in einem Aufruf in das freie Ermessen eines jeden Volksgenossen gestellt, ob er sich an den Zusammenstellungen beteiligen will oder nicht. Dieser Aufruf hat keine einzige der politischen Gruppen des Deutschtums in Polen Folge geleistet. Die Deutschtum in Polen hat sich in einen Teil der Deutschen in Polen-Kommunen erstreckt, rückte in einem eigenen Aufruf von der Karole des „Rates“ ab und forderte ihre Anhänger zur Abgabe ihrer Stimmen für die Vertreter des Regierungsblokes auf. Diesem Beispiel folgten für die Wojewodschaft Schlesien die „Deutsche Partei“ und der „Poln. Deutscher Volksklub für Schlesien“ mit der an ihre Mitglieder gerichteten Aufforderung, sich an den Wahlen zum Warschauer und Schlesiens Sejm zu beteiligen. Die deutschen Blätter in Kongresspolen und Galizien forderten ebenfalls zur Wahlbeteiligung auf. Doch sich die Jungdeutsche Partei gegen einen Wahlboykott auszusprechen werde, stand von vornherein fest.

Diese allgemeine politische Einstellung des Deutschtums zum Staat verdient festgehalten zu werden. Und das um so mehr, als es dem Deutschtum von polnischer Seite wahrhaftig nicht leicht gemacht worden ist, sich so zu entscheiden. Es ist bei der Keimung der polnischen Propaganda, den Bericht einer nichtpolnischen Volksgruppe auf Opposition falsch auszuliegen, nicht überflüssig, darauf hinzuweisen, daß die Wahlbeteiligung der deutschen Volksgruppe keineswegs bedeutet, daß es seitens dieser Gruppe keinen Grund mehr zu Beschwerden über die Praxis der polnischen Minderheitenpolitik gibt. Bei den zuständigen Stellen in Warschau liegen zur Zeit mehrere deutsche Beschwerdebeschreibungen, die 3. L. schon seit langer Zeit der Erledigung harren.

Tote beim Wahltag

Je näher der Wahltag heranrückte, um so schärfer wurde die Haltung der Regierungspartei und der Behörden gegenüber den Trägern der Wahlboykottpropaganda. In manchen Orten, in denen sich die Funktionäre der Opposition mit ihrer Agitation gegen die Wahlbeteiligung allzu sehr bemerkbar machten, gingen die Behörden mit Verbots- und Verhaftungen vor. Vor allem im polnischen Gebiet scheint der Widerstand der Nationaldemokraten vielfach scharfe Formen angenommen zu haben. Verschiedentlich ist es dort zu schweren Zusammenstößen gekommen. Bei dem Versuch eines nationaldemokratischen Stütztrupps, eine Wahlversammlung des Regierungsblokes in Grundow bei Wollstein zu sprengen, hat es mehrere Verletzte und einen Toten gegeben. Die nationaldemokratische Presse berichtete aus dem polnischen Gebiet triumphierend, daß es der Opposition an vielen Orten gelungen sei, die Durchführung von Versammlungen des Regierungsblokes zu verhindern.

Der Wahltag selbst ist in ganz Polen ruhig verlaufen. Nur in einigen Orten der Wojewodschaften Warschau und Polen hat es einige heftige Zusammenstöße zwischen Regierungsjüngern und Nationaldemokraten gegeben. In verschiedenen Dörfern des Kreises Wirlich, in Wlischow, Dreidorf, Ferdinandsdorf und Wlischow, drangen ebenfalls Stütztrupps in die Wahllokale ein. Es gelang ihnen 3. L. die Wählerinnen und -männer zu vernichten. Dabei kam es in Witorsau zu einer Schießerei zwischen Polizei und Demonstranten. Es gab eine Anzahl Verletzte und mehrere Tote.

Die Wahlbeteiligung

Nur 46,5 v. H. der Wahlberechtigten sind zur Wahlurne gegangen. Der Anteil der ungültigen Stimmen war auffällig hoch. Er hat in manchen Bezirken 10, 20 und mehr v. H. der abgegebenen Stimmen betragen. Die Ursache liegt nicht nur auf der Verantwortlichkeit des Wahlverfahrens zurückzuführen sein, das die Möglichkeit zahlreicher Mißverständnisse einschloß, sondern zum weit größeren Teil auch darauf, daß viele Wahlberechtigten, nicht um einem Kandidaten ihre Stimme zu geben, sondern einfach deshalb zur Wahlurne gingen, weil

Fernbleiben als Opposition ausgelegt wurde. Es ist wohl kein Zufall, daß keine amtliche Mitteilung über die Zahl der ungültigen Stimmen erfolgt ist. Nur einzelne Teilergebnisse sind hierüber bekannt. So sind in der Landeshauptstadt von 222 000 abgegebenen Stimmen 52 000, in der Stadt Polen von 77 000 abgegebenen etwa 20 000 Stimmen ungültig gewesen. Dieser Anteil auf das ganze Staatsgebiet umgerechnet, würde über 1,5 Millionen ungültiger Stimmen ergeben. Im einzelnen haben die Hunderterteile der Wahlbeteiligung (einschließlich der ungültigen Stimmen) in den Wojewodschaften betragen:

Warschau	30	Stanislaw	42	Larnopol	59
Warka	37	Wlischow	43	Wronoskoo	65
Łobz	37	Kraun	48	Wohynien	65
Polen	38	Łemberg	43	Polenien	67
Lublin	40	Kammerellen	46	Schlesien	77
Warschau Land	41	Blaschot	57		

Demnach ist die Wahlbeteiligung nur in 6 von 17 Wojewodschaften höher als 50 v. H. gewesen. Die Gründe für die starken Verschiebungen der Wahlbeteiligung liegen im allgemeinen klar auf der Hand. In den überwiegend ukrainischen Gebieten stieg die Wahlbeteiligung deshalb über das sonst zu erwartende Maß, weil dort neben den Kandidaten des polnischen Regierungsblokes auch eine Reihe ukrainischer Kandidaten aufgestellt worden war; es hatte sich hier also ein ukrainisch-polnischer Wettstreit entwickelt, der beide Seiten naturgemäß zu einer stärkeren Wahlbeteiligung veranlassen mußte. Ebenfalls führte in einigen anderen Beständen die Konkurrenz der polnischen mit den dort aufgestellten jüdischen Kandidaten zu einer Belebung der Wahl. Die meistausgesprochenste Beteiligungsziffer hat die Wojewodschaft Schlesien aufzuweisen.

Die Wojewodschaft Schlesien

Hier wurde zugleich zum Warschauer Sejm und zum Schlesiens Teilergebnis gewählt. Wahlberechtigt zum Warschauer Sejm waren hier 750 000 Personen, davon haben 577 000 gewählt; das sind 76,92 v. H. Besonders hoch war die Wahlbeteiligung in den großindustriellen Bezirken. Wesentlich geringer war sie dagegen im Wahlkreis Bielitz-Biala, wo von 159 000 Wahlberechtigten nur 90 000 zur Wahlurne gingen (= 56 v. H.). In den einzelnen Bezirken der Wojewodschaft schwante die Beteiligungsziffer zwischen 30 und 86 v. H. Auch hier sind von amtlicher Seite keine Angaben über den Anteil der ungültigen Stimmen an der Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen veröffentlicht worden. Man ist daher auf Einzelergebnisse und Schätzungen angewiesen. Die „Polonia“ schätzte die ungültigen Stimmen in den Industriebezirken auf die Hälfte aller abgegebenen Stimmen. Vermutlich ist diese Zahl übertrieben; aber es steht immerhin fest, daß gerade in den Industriebezirken, wo die Wahlbeteiligung besonders groß war, auch die Zahl der ungültigen Stimmen besonders hoch war. So sind in Siemianow 10 216 gültige und 7372 ungültige Stimmen, in Friedensbüttel 5331 gültige und 2371 ungültige Stimmen abgegeben worden. Mit einiger Sicherheit läßt sich unter Berücksichtigung der ungültigen Stimmen behaupten, daß in der schlesischen Wojewodschaft — trotz der hohen Wahlbeteiligung — weit weniger als die Hälfte der Wahlberechtigten als Parteigänger des Regierungsblokes anzusehen sind. Die Katowitzer „Polska Zachodnia“ glaubte im Ergebnis der Wahlen eine „Anerkennung der Politik des Herrn Wojewoden“ (1) erblicken zu können. Die Wahl, schrieb dieses Blatt, sei „eine Manifestation für den heißen Patriotismus und das hohe bürgerliche Pflichtgefühl“ der Wojewodschaftsbewohner gewesen. Es hätte „eine schönere Schlußmanifestation für das letzte Amtsjahr des Herrn Wojewoden“ bringen können, geben können als diese Wahlen (1). Aus den obigen Angaben geht, wie man geben wird, etwas ganz anderes hervor. Es will einem jedenfalls wahrscheinlich dünken, daß die Bevölkerung der Wojewodschaft Schlesien dem „Herrn Wojewoden“ erst an dem Tage eine begeisterte Manifestation darzubringen bereit ist, an dem er sich endlich einmal entschließt, seinen Posten zu räumen.

Der Einfluß der deutschen Stimmen

Zweifellos haben in der Wojewodschaft Schlesien die deutschen Stimmen das Bild der Wahlbeteiligung günstig beeinflusst. Das war auch in Polen und Pommerellen der Fall. Fast durchweg haben sich die Deutschen mit 75 und mehr v. H. stellersmäßig sogar ohne Ausnahme, an den Wahlen beteiligt. Einzelumgebungen aus den verschiedenen Kreisen obliegen das. Die Deutschen sind bei ihren Organisationen herausgegebenen Karteln, die Kandidaten der Regierungspartei zu unterstützen, fast in demselben Maße gefolgt, wie bei früheren Wahlen, bei denen es ihnen noch vergönnt war, vorseigene Kandidaten zu wählen. Wenn die Wahlbeteiligung in Polen und Pommerellen nicht so gering gemein ist, wie man es in diesen Hochburgen der Opposition gegen Warschau zu erwarten berechtigt war, so ist das zum nicht geringen Teil der Unterstützung zu danken, die die dortigen Deutschen dem Regierungslager gewährten, — nicht etwa, um diesem oder jenem Kandidaten ihr Vertrauen auszusprechen, sondern um ihre lokale Staatsbürgerliche Öffnung zu demonstrieren. Die Wahlbeteiligung ist in den Orten mit starker deutscher Bevölkerung fast durchweg ausfällig hoch. Es ist unter diesen Umständen schlechterdings unverständlich, wie es das offizielle Blatt der polnischen Regierung in seiner Kritik der Wahlergebnisse fertig bringen konnte, zu behaupten, daß die geringe Wahlbeteiligung mit auf die oppositionelle Haltung des „Hilitesmus“ zurückzuführen sei! Man kann in diesem ungerechten Vorwurf der „Gazeta Polska“ nur den Versuch erblicken, sich rechtzeitig einen neuen Vorwand für künftige Unterdrückungsmaßnahmen zu schaffen. Die Deutschen in Polen haben im Bewußtsein einer staatsbürgerlichen Verpflichtung mit einem erheblichen Maße von völkischer Selbstüberwindung Kandidaten gewählt, die sie an sich gar nichts angehen. Diese Haltung gibt ihnen ein moralisches Anrecht darauf, zu verlangen, daß sich dieser Staat nun auch ihnen gegenüber als loyaler Partner erweist, selbst wenn es ihm schwerer fallen sollte. Wenn die polnische Presse das Bedürfnis hat, nach Gründen für die geringe Wahlbeteiligung zu suchen, so hat sie anderswo Gelegenheit genug, solche Gründe zu finden. Im Verhalten der Deutschen liegen sie zweifellos nicht.

Ein Spiel mit Zahlen

Die polnische Regierungspresse bemüht sich, aus einem Vergleich mit den Wahlen von 1930 eine starke Zunahme der Regierungspartei glaubhaft zu machen. Sie stellt dabei fest, damals hätten 5 293 000 Wähler ihre Stimmen für die Regierungsliste abgegeben, diesmal aber hätten sich an der Wahl 7 576 000 Personen beteiligt, die Regierungspartei habe also fast 2,3 Mill. Stimmen (= 49 v. H.) gewonnen. Die Regierungspresse begeht bei dieser Art der Wahlkritik zwei grundsätzliche Fehler: Erstens geht es nicht an, die hohe Zahl der unglütigen Stimmen, die ja in der Wahlbeteiligungsziffer miteinhalten ist, einfach für die Regierungsliste in Vorzug zu nehmen; und zweitens ist es verkehrt, alle Deutschen, Ultraliner und Juden in kurzerhand zu Parteigängern des polnischen Regierungsblokes zu fempeln, weil ihre bzw. „ihre“ Kandidaten aus Gründen, die sie nicht zu ändern vermochten, auf der Regierungsliste standen.

Das Memelland wählt am 29. September

Die „Memelländische Einheitsliste“

„Memelländer! Am 29. September ist Wahltag. Der Zeitpunkt ist gekommen, daß jeder von uns ein Urteil darüber abgeben kann, was seit der letzten Wahl, seit dem 4. Mai 1932, im Memelgebiet vor sich gegangen ist.

Memelländer! Die Entscheidung, um die es geht, ist so folgender, daß alles zurücktritt hinter der großen Frage, vor der wir stehen. Weg mit Parteihader und Klassenkampf! Weg mit dem Gedanken an Berufe und Stände, an Klassen und Schichten!

Je schwerer die Not, die uns drückt, desto enger müssen sich unsere Reihen schließen! Darum sollen nicht mehr

Nationaldemokratische Blätter haben sich die Mühe gemacht, die Zahlen der unglütigen Stimmen in den einzelnen Wahlkreisen zusammenzufügen. Sie kommen zu dem Ergebnis, daß nur 46,5 v. H. der Wahlberechtigten sich an der Wahl beteiligt, aber nur etwa 36 v. H. der Wahlberechtigten glütigen Stimmen abgegeben haben. Diese Zahlen, die auch von kritisch eingestellten Politikern des Regierungsblokes bestätigt werden, dürften zutreffen. Das bedeutet, daß beinahe jeder vierte Wähler einen unglütigen Stimmzettel in die Urne gesteckt hat. Mitin sind nur etwa 5,9 Mill. glütige Stimmzettel abgegeben worden, aber etwa 1,7 Mill. unglütige! Außer den unglütigen sind noch die Stimmen der nationalen Minderheiten von der Gesamtzahl der Wahlberechtigten abzutragen, um die Zahl der wirklichen Parteigänger des Regierungsblokes zu erhalten. Man wird auf diese etwa zwei Millionen Stimmen rechnen können. Die Wahlbeteiligung war gerade in den am wenigsten polnischen Gebieten am höchsten. Rechnet man die unglütigen und die nichtpolnischen Stimmen von der Gesamtzahl der Wahlberechtigten ab, dann muß man zu ganz anderen Ergebnissen kommen als die Blätter der Regierungspartei. Vielleicht hat der konservative „Czas“ recht, wenn er schreibt, die hohe Wahlenthaltung sei für Polen eine sehr unglütige Erscheinung, da sie zwar nicht ohne weiteres eine regierungsfeindliche Einstellung der Massen, aber doch eine allgemeine Indifferenzlosigkeit am staatlichen Leben betunde. Der Regierungsbloke habe es nicht verstanden, einen engen Kontakt mit dem Volke zu schaffen. Andere Regierungsblätter machen es sich mit ihrer Wahlkritik leichter. Die einen meinen, daß Wetter war schuld; und die anderen drehen den Spieß um und sagen, gerade die Tatsache, daß so wenig gewählt worden ist, sei ein Zeichen für die staatliche Konsolidierung. (Zu singen nach der Melodie: Dein Mund sagt „nein“, doch Deine Augen sagen „ja“.)

Der Sejm

In Warschau ist man von der neuen Wahlordnung enttäuscht. Es ist schon davon die Rede, daß nach derselben Ordnung nicht noch einmal gewählt werden wird. Was die Zusammenlegung des Sejms anbelangt, so hat die Wahlordnung freilich ihre Dienste getan. Das ist zunächst auch einmal die Hauptaufgabe gewesen. Der neue Warschauer Sejm zählt 208 Abgeordnete, wie verfassungsmäßig vorgehoben. Die Regierung kann, wenn nicht etwa innere Spannungen im Regierungsbloke selber auftreten, völlig souverän über diese „Volksvertretung“ verfügen. Neben den Abgeordneten des Regierungsblokes, zu denen auch einige „Wilde“, Sezessionsisten der oppositionellen Parteien gehören, sitzen im Sejm nur noch 19 Ultraliner, 4 Juden, 1 Russe. Ein erheblicher Teil der Abgeordneten wird von den politischen westlichslawischen mehr nach links neigenden Bevölkerungsgruppen, Wenn in Polen noch nach parlamentarisch-demokratischer Manier regiert würde, und wenn der Sejm noch die Rechte besäße, die er in der Stützzeit der alten Verfassung besaß, dann müßte die kommende Regierung ein Uebergewicht dieser Einkreise aufweisen. Aber die Regierung hat heute nur noch sehr wenig mit dem Sejm zu tun.

Stände, Klassen und Parteien im Landtag vertreten sein, sondern der einseitige Wille der Memelländer zur Durchführung ihrer Autonomie.

Die Autonomie soll uns nicht ein Uebergang zur allmächtigen Aufgabe unserer Eigentum sein, sondern sie ist uns die starke Garantie unserer überlieferten Rechte und überlieferten Kultur nach dem Willen unserer Vorfahren.

Auf diesem Boden stehen die Kandidaten unserer Liste. Im übrigen gehören sie den verschiedensten Berufen und Parteierichtungen an; alle aber fühlen sich als Treuhänder der gesamten Freiheit der Memelländer.

Wir rufen daher alle unsere Heimatgenossen auf, geschloßen einzutreten für die Memelländische Einheitsliste.“

Mit diesem Aufruf, der von etwa 1200 Memelländern unterzeichnet war, hat das Memeldeutschtum vor aller Welt zu erkennen gegeben, daß es ihm bei dieser Wahl einzig und allein um die Wahrung der nationalen und kulturellen Rechte seiner Heimat geht. Auch früher schon hat es in der Frage der Autonomie zwischen den verschiedenen deutschen Parteilagern seine grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten gegeben. Was das Memeldeutschtum aber in den letzten anderthalb Jahren, seit dem Intrafttreten des litauischen Justizhausgesetzes, an Not und Leid, an Unterdrückung und Gewalt erfahren hat, das hat die Unterschiede, die früher noch die Aufrechterhaltung verschiedener deutscher Parteien zu rechtfertigen schien, vollends ausgeglichen und überbunden. In der Memelländischen Einheitsliste sind alle Parteien von gestern zu einem Ganzen zusammengeschmolzen. Männer, die man früher ganz rechts oder ganz links zu leben gewohnt war, haben sich zusammengefunden. Ihre Not hat einen gemeinsamen Ursprung: Die Fremdherrschaft der Schamaiten. Und ihre Lösung gilt einem gemeinsamen Ziel: Der Deutscherhaltung ihrer memelländischen Heimat.

Litauische Sprengungsversuche

Daß von litauischer Seite versucht werden würde, die memelländische Einheit zu sprengen und ihr jede Wirkung unmöglich zu machen, war von vornherein zu erwarten. Mit Hilfe der litauischen Behörden werden angeblich „deutsche“ Splittergruppen auf die Beine gestellt, um Verwirrung und Uneinigkeit in die deutschen Reihen zu tragen. So hat ein in litauischen Diensten lebender Mann namens S a h n a l d einen Aufruf erstallt, in dem er die memelländischen Kriegssopfer zur Aufstellung einer besonderen Kandidatenliste aufforderte. Solche Leute wie Sahnwald können die Litauer gebrauchen: In der Zeit der französischen Besetzung war er durch die Herausgabe von Falschgeld in eine penible Affäre verwickelt; später gab er mit Hilfe Kauener Schmiedgerber den Memelländischen „Kosthüter“ heraus. Wie in diesem Falle, so hängt man sich auf litauischer Seite im Kampf gegen die Einheitsfront der Memelländer auch sonst recht gern ein „deutsches“ Mäntelchen um. Im „Memeler Beobachter“, dem Nachfolger des kürzlich eingegangenen „Office-Beobachters“, wird in deutscher Sprache gegen die deutsche Liste gehetzt. Auf Flugblättern gibt man dieser Sprache, die man ansonsten auszurotten geschworen hat, der besseren Wirkung wegen den Vorrang. Und auch auf den litauischen Kandidatenlisten sind deutsche Namen beliebt; und wenn es nicht anders geht, werden litauische Namen einfach verdeutschet. Daß in all diesen Tarnungsversuchen ein Eingeständnis des deutschen Charakters des Memellandes enthalten ist, scheinen die litauischen Drabzähler gar nicht zu merken. Sie wissen nur eines: Wer sich der litauischen Sprache bedient, kann sicher sein, daß im Memelland „ein, deutsch“, der „Wahnsinn“ ist, auf ihn hört. Von litauischer Seite sind sieben verschiedene Parteien aufgestellt worden. Es gehen also acht Parteien zur Wahl.

Neue Gewalttate

Die Memelländer sind heillosig geworden; sie lassen sich durch die litauischen Sirenenlirge nicht loden. Das scheint man auch auf litauischer Seite zu ahnen. Deshalb verlegt man das Schwergewicht der „Wahlvorbereitungen“ nach wie vor auf die Masseneinbürgerung landfremder Elemente und auf die Entrenchung der einheimischen Bevölkerung. Als das einzige deutsche Blatt des Gebietes, das „Memelländische Dampfboot“, am 1. Sept. einen Aufruf brachte, der die Wähler aufforderte, für den Wahlfonds der Einheitsliste zu spenden, wurde es von den litauischen Behörden beschlagnahmt. Auch als es sich danach auf die latonische Aufforderung beschränkte, die Memelländische Einheitsliste zu wählen, entging es der wiederholten Beschlagnahme nicht. Irgendwelche kritische Ausführungen, selbst die leisesten Andeutungen, daß im Memelgebiet nicht alles so ist, wie es sein sollte, sind ihm unter der Geltung des Kriegszustandes ein für allemal völlig unmöglich gemacht.

Bier Kandidaten der Memelländischen Einheitsliste, dem früheren Präsidenten des Direktoriums, Dr. Schreiber, dem früheren Oberbürgermeister von Memel, Dr.

Brindlinger, dem Gerichtsdirektor Dr. Treichler und dem Landwirt Traufles wurde durch den Gouverneur die litauische Staatsangehörigkeit aberkannt. Der deutschen Liste wurden damit vier ihrer wichtigsten Namen genommen. Dr. Brindlinger ließ sich im Jahre 1922 als Rechtsanwalt und Notar im Memelland nieder. Als Abgeordneter gehörte er dem dritten Memelländischen Landtag an und wurde 1931 mit großer Mehrheit zum Oberbürgermeister von Memel gewählt. Von diesem Posten wurde er am 8. Juli 1934 durch das ungesetzliche Direktorium Reissigs gewaltsam entfernt. Von den ordentlichen Gerichten des Memellandes wurde dem Direktorium die Geschwörigkeit der Amtsenthebung bestätigt. Dr. Brindlinger hat als Notar Beamteneigenschaft. Er hat auf Grund des deutsch-litauischen Optionsvertrages im Jahre 1925 für Litauen optiert. Der Gouverneur ist nicht berechtigt, ihm die litauische Staatsangehörigkeit abzuverkennen. Hierzu ist ausschließlich das im Optionsvertrag vorgelebene deutsch-litauische Schiedsgericht befugt. Dr. Schreiber, der Spitzenkandidat der Memelländischen Einheitsliste, ist ebenfalls schon lange vor dem Intrafttreten der Memelkonvention im Memelland ansässig gewesen. Bisher ist seine litauische Staatsangehörigkeit niemals in Zweifel gezogen worden. Er hat als Beamter eine öffentlich-rechtlichen Körperchaft im Jahre 1925 gleichfalls für Litauen optiert. Der Gouverneur hat, indem er ihm die litauische Staatsangehörigkeit bestirnt, also auch in diesem Falle gegen den deutsch-litauischen Optionsvertrag verstoßen. Es ist selbstverständlich, daß das Deutsche Reich gegen begerigte Amtsanmachungen zu gegebener Zeit mit den geeigneten Mitteln vorgehen wird.

Gelesen!

Je näher der Wahltag heranrückt, um so großzügiger werden die Litauer mit ihren Verprechungen. Da ihre „Leistungen“ nicht zu überzeugen und ihre Worte nicht zu überreden vermögen, suchen sie die memelländischen Seelen zu taufen. Das litauische Direktorium veröffentlichte in der memelländischen Presse eine Notiz, in der es mitteilte, daß es vom 1. August bis zum 31. Dezember 1935 für jedes Baconschwein, das der „Lietuvos Eksportas“ abgeliefert wird, eine Prämie von 10 Lit. „aus den von ihm gemachten Ersparnissen“ ausbahlen werde. Die Auszahlung werde durch die Landräte erfolgen; diese sollen jedoch berechtigt sein, in jedem Falle bis zu 50 v. H. des Betrages für etwa rückständige Steuern einzubehalten. Durch ein ähnliches Mandat verjuchen die Litauer, sich bei Bauern des Kreises Heubefug beliebt zu machen. Dort haben sie den Bauern den Bau einer Spreitfabrik versprochen, die ihnen ihre Kartoffeln zu günstigen Preisen abnehmen werde. Die Memelländer werden sich durch solche Lockungen kaum umstimmen lassen. Dazu haben die Schamaiten noch zu gut kennen gelernt. Sie werden nicht vergessen, daß die furchtbare Not, in die sie geraten sind, von denselben Litauern verschuldet worden ist, die ihnen jetzt für ein paar Groschen ihre Stimmen abtaufen möchten. Sie wissen genau, daß sie eine wirkliche Beteiligung ihrer Not nicht von litauischer, sondern nur von deutscher Seite zu erwarten haben, daß es nur in Deutschland lohnenden Absatz für ihre Erzeugnisse gibt, daß nur Deutschland ihnen die Sicherheit ihrer wirtschaftlichen und völkischen Existenz zu geben vermag. Jede Hilfe von litauischer Seite kann bestenfalls nur eine kurze, vorübergehende Erleichterung bieten; sie führt nur an den Symptomen herum, kommt jedoch niemals an den Herd der Krankheit heran. Die Krankheit aber heißt: Litauen.

Die Berechtigung des Memelgebietes

Nach Angaben des Statistischen Amtes in Kaun ist im Memelgebiet im Laufe des Jahres 1934 ein Drittel aller industriellen Betriebe geschlossen worden. Nur fünf industrielle Betriebe wurden neu eröffnet. Von den 75 industriellen Betrieben des Memelgebietes sind im vorigen Jahre eingegangen: eine Lofffabrik, neun Ziegeleien, eine Bernsteinfabrik, zwei Metallwarenfabriken, eine Lederverarbeitungsabrik, zwei mechanische Reparaturwerkstätten, eine Rifenfabrik, vier Sägemühlen und vier andere kleinere Betriebe mit insgesamt 1168 Arbeitern.

Tatlosigkeit gegen Danzig und seine Regierung

Das ganze deutsche Danzig empfand in den Tagen, in denen der Panzerkreuzer „Admiral Scheer“ im Danziger Hafen lag, die tiefe, mehr als bloß gefühlsmäßige Verbundenheit mit dem Reich. Wenn verschiedene Kreise den deutschen Kriegsschiffsbesuch für eine vollkommene Gelegenheit hielten, um gegen diese Verbundenheit zu demonstrieren, so haben sie damit nicht nur einen ertauklichen Mangel an Tatgefühl, sondern auch eine verwerfliche Unfähigkeit, sich in unabänderliche Tatsachen zu fügen, bewiesen. Auch die sich ein Vertreter der Danziger Regierung an Bord des deutschen Kriegsschiffes begeben hätte, machte sich dort ein polnischer Zeremonienmeister bemerkbar. Das polnische Kanonenboot „Wicher“ war eigens zu dem Zweck aus Ödningen herübergekommen, den reichsdeutschen Besuch zu „begleiten“. Es sollte damit zum Ausbruch gebracht werden, daß Polen sich der eigentliche Herr im Danziger Hause fühlt, und daß es ihm mit der Würde der erlauchtesten Republik nicht vereinbar scheint, Danzig die vollwertige Eigenstaatlichkeit zuzuerkennen. Es läßt sich nicht feststellen, ob sich die Polen wirklich dem Wahne hingeben, daß die Vertreter der deutschen Kriegsmarine nicht zwischen dem Benehmen eines aufdringlichen Partiers und der Ruhe eines selbstbemühten Hausherrn einen äußerlichen Unterschied zu machen verstehen.

Damit könnte man den Zwischenfall als erledigt betrachten. Er hat jedoch noch eine andere Seite. Insbesondere wird behauptet, daß man Wert darauf lege, mit Danzig zu einer geordneten Zusammenarbeit zu kommen. Wenn diese Behauptung mehr als eine Redensart sein soll, wird Polen gut daran tun, alles zu vermeiden, was geeignet ist, als Herrschaftsanspruch über die freie Stadt verstanden zu werden. Die Ereignisse der letzten Monate sollten die Polen eigentlich davon überzeugt haben, daß die Geltendmachung eines derartigen Anspruchs sehr leicht Folgen zeitigen kann, die das gerade Gegenteil der von Marichau beabsichtigten Wirkungen sind. Eine für beide Teile nutzbringende Annäherung zwischen Danzig und Polen liegt heute noch mehr als in früheren Jahren den unbedingt freien Entschluß beider Partner voraus. Es ist ungeschickt, dem Partner, mit dem man sich loeben an einen Tisch gesetzt hat, mit einem Kanonenboot über die Füße zu fahren.

Es wird in Danzig ganz gewiß auch nicht als Beweis besonderer Klugheit aufgefaßt werden, wenn sich just zu derselben Zeit der polnische Handelsminister Jarzycki, auf dessen Konto die aggressive Zollverordnung vom 20. Juli zu buchen ist, nach Ödningen begibt, um dort eine Rede gegen Danzig zu halten. Jarzycki hat dort u. a. gesagt: „... Leider will Danzig absolut nicht begreifen, daß seine frühere Monopolstellung unwiderruflich zu Ende ist, und daß Polen allein fertig werden kann, sogar dann, wenn es alle seine Waren zu Verlust nach Ödningen schicken müßte.“ Diese Feststellung ist sehr interessant. Man wird sie sich für spätere Fälle merken müssen. Denn für die künftige Behandlung der Danziger Frage können sich aus ihr gewisse Möglichkeiten ergeben, an die Jarzycki vermutlich im Augenblick gar nicht gedacht hat.

Ein peinlicher Zwischenfall hat sich auch im Hause des Bälterbunds-Kommissars Sean Lester ereignet. Dort sollte aus Anlaß des Besuchs des Panzerkreuzers „Admiral Scheer“ ein Abendempfang veranstaltet werden. Er fand jedoch ein vorzeitiges Ende. Zu

seiner Bewunderung mußte Senatspräsident Greifer nämlich entdecken, daß zu diesem Empfang auch eine Reihe von Verantwortlichen der Gesellschaft zu teilen ihm, als dem verantwortlichen Leiter der Danziger Regierung, nicht zugemutet werden konnte. Er verabschiedete sich kurz und verließ das Haus des Bälterbunds-Kommissars. Seinem Beispiel folgten die übrigen offiziellen Danziger Gäste, die Senatoren, der Gerichtspräsident, der Landesforstmeister, der Rektor der Hochschule usw. Auch der Kommandant des „Admiral Scheer“ und seine Offiziere zogen sich kurz darauf zurück. Es blieben Dr. Aufschning und die Vertreter der Danziger Oppositionsparteien. Es ist zum mindesten eine grobe Tatlosigkeit des Kommissars, den reichsdeutschen Gästen, zu deren Ehren der Abend veranstaltet wurde, und den offiziellen Vertretern des Danziger Freistaates die Anwesenheit von Leuten zu zumuten, deren feindselige Einstellung zur nationalsozialistischen Regierung niemandem mehr unbekannt sein kann. Es bestand für Lester weder eine politische, noch eine gesellschaftliche Notwendigkeit, die Vertreter der Oppositionsparteien zu laden. Ueber die peinliche Situation, die er durch sein Verhalten herbeigeführt hatte, konnte er sich von vornherein klar sein.

Der Bälterbunds-Kommissar hätte vor seinem Empfang noch einmal die letzte Rede des Senatspräsidenten durchlesen sollen, in der sich dieser in völlig bedeutiger Form mit der Opposition, die die Auflösung des Volkstages verlangte, auseinandergesetzt hat: „Wie stellt man sich denn eine solche neue Regierung überhaupt vor? Ein Konglomerat von ewig-geistiger Ueberheblichkeit zusammen mit Politikern, die den Deckmantel der Religion zum Ausgleich mangelnder völkischer Kräfte vorziehen, und in der Bundesgenossenschaft von Gottesleugnern und Heßeln, die ihr Vaterland nicht kennen wollen, das Deutschland heißt, bis hinüber zu den bolschewistischen Zerrütern jeder deutschen Gesinnungsart und Religionsaufstellung ist uns wahrscheinlich nicht gut genug, um auf das deutsche Danzig loszugehen zu werden. Ein solches Ödium hat nur eines gemeinsam, was sie über Ständes-, Klassen- und Religionsunterschiede verbindet, das ist ihr gemeinsamer Haß gegen das nationalsozialistische Deutschland. . . . Ich bin mir der Verantwortung bewußt“, fuhr der Senatspräsident dann fort, „wenn ich Ihnen, meine Herren von der Opposition, erkläre, daß, solange ich Präsident bin, es keinem von Ihnen, auch wenn Sie alle verfügbaren Register geben, gelingen wird, diese Regierung zu stürzen. . . . Nationalsozialisten geben die einmal errungene Machtposition im Geate nicht auf. Sie sind der unerlöschlichen Felsblock, gegen den Sie unter Ausnutzung aller parlamentarischen und verfassungsmäßigen Mittel weiterhin anrennen können, und an dem Sie sich, lo wahr ich hier vor Ihnen stehe, eines Tages den Schädel einrennen werden.“ — Hat der Bälterbunds-Kommissar etwa gedacht, daß der Senatspräsident sich in seinem Hause mit den Vertretern der Oppositionsparteien bei einem Gläschen Wein zusammensetzen würde, um ihnen unter vier Augen zu versichern, daß das ja alles gar nicht so schlimm gemeint gewesen sei, was er da am 26. August im Volkstag gesagt hat? Er scheint noch eine höchst unzulängliche Vorstellung vom Nationalsozialismus zu haben. Etwas weniger Umgang mit den Vertretern der Oppositionsparteien wäre seiner diplomatischen Schulung wahrscheinlich nicht schädlich gewesen.

Der Ostdeutsche Heimatkalender ist erschienen!

Preis für Mitglieder bei Bezug durch die Ortsgruppen 0,60 RM, Einzelpreis 0,90 RM

Die polnischen Hochschulpläne in Pommerellen

Der Direktor des Baltischen Instituts in Thorn, Dr. Josef Borowik, hat vor kurzem dem polnischen Kultusminister Jendzjewicz eine Denkschrift überreicht, in der er den schon seit langem erörterten Plan einer Universität für Pommerellen erörtert. Er wurde bei dieser Gelegenheit vom Kultusminister empfangen und anschließend von einem Vertreter des „Dzienn Pomorski“ über seine Hochschulpläne befragt. Im wesentlichen führte Dr. Borowik folgendes aus: Zwei Drittel der Wojewodschaft Pommerellen lagen außerhalb des Aktionsradius einer Univeritätsstadt. Ähnlich ungünstig seien die Verhältnisse nur noch in Posenen und im nördlichen Wolhynien. Was die Denkschrift, die er dem Minister überreicht hat, anlangt, so sei sie im engsten Einvernehmen mit dem pommerellischen Wojewoden Ritzkiel ausgearbeitet. Auch befände er, Borowik, sich in dieser Frage in fähiger enger Fühlung mit dem Armeeminister General Morawid-Rugebauer und dem Bischof von Kulm, Dr. Stanislaus Donowicki, die beide, ebenso wie der Wojewode, dem Kuratorium des Baltischen Instituts angehören. Eine Hochschule für Pommerellen hält Borowik aus folgenden Gründen für notwendig: Gegen die wirtschaftliche Konkurrenz des Auslandes könne man mit Erfolg Zollstrafen und Einfuhrverbote anwenden. Gegen die geistigen Strömungen, die aus dem Ausland hereinkommen, aber könne man keine Zoll- und Werbotsmauern errichten, sondern müsse man eigene heimische Kulturzentren schaffen. Kam ein anderes Gebiet Polens bestimme so sehr wie Pommerellen, in dem sich germanische, baltische und slawische Einflüsse durchkreuzten, die Voraussetzungen dafür, eine Region eigener Kulturprägung zu bilden. Polen sei ein an der Ostsee gelegener Staat, und es bestimme eine klare wirtschaftliche Orientierung aufs Meer. Überall träten im wirtschaftlichen und politischen Leben große Probleme und kleine Alltagsfragen hervor, die mit dem „Distriktscharakter“ des polnischen Staates oder mit der schwärzlichen Richtung der polnischen Wirtschaft in Verbindung stehen. Die Lebenserfahrung und das Wissen der polnischen Allgemeinheit aber sei in dieser Hinsicht noch nicht genügend entfaltet, und das Bildungswesen Polens, besonders das höhere, trage der grund-

legenden Veränderung, die das polnische Leben durch die Ausdehnung des Staates zum Meere erfahren habe, noch nicht hinreichend Rechnung. Einer pommerellischen Hochschule falle die dreifache Aufgabe zu, die polnische Kultur in Pommerellen zu vertiefen und zu schützen, den polnischen Zugang zum Meere wirtschaftlich und politisch zu festigen und für die kulturelle und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den anderen baltischen Staaten zu sorgen (wobei erwähnt werden muß, daß Deutschland nach polnischer Auffassung kein Mittelstaat ist). Demgemäß müßte eine pommerellische Hochschule ein dreifaches Gesicht haben, ein pommerellensländisches, ein baltisches und ein wirtschaftlich-maritimes. Das pommerellensländische Studium habe in den künftigen Lehrern, Beamten usw. die Kenntnisse der Geschichte und Geographie, der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen Nordwestpolens zu vertiefen. Das baltische Studium habe Spezialisten auf dem Gebiete der baltischen und skandinavischen Probleme auszubilden, d. h. die Kenntnis der Sprachen und Literaturen, der Kultur und Wirtschaft der Ostseeländer zu vermitteln. Schließlich habe das wirtschaftlich-maritime Studium Sachkenner für den polnischen Leberseehandel usw. heranzubilden. Es sei nicht notwendig, meinte Borowik weiter, daß diese „Schule für Politische und Wirtschaftliche Wissenschaften“, die diese drei Aufgaben zu erfüllen habe, sofort als Ganzes entstehe. Es sei möglich, sie etappenweise auszubauen und jede ihrer Abteilungen an einer für sie besonders geeigneten Stelle zu errichten. Der Kultusminister, teilte Borowik mit, interessiere sich lebhaft für diese Frage; er habe seine volle moralische Unterstützung und die Hilfe der untergeordneten Organe bei der Durchführung der notwendigen Vorbereitungen versprochen, wobei er es für zweckmäßig halte, daß das Baltische Institut in Thorn den Grundstoff der geplanten Hochschule bilde. — Es scheint also mit einer regeren Tätigkeit in der pommerellischen Hochschulfrage zu rechnen zu sein. Daß das Baltische Institut den Grundstoff bildet, ist für die geplante Hochschule allerdings keine Empfehlung in wissenschaftlicher Hinsicht. Wie die Wissenschaft des Thorer Institutes ausieht, ist bekannt.

Vorstöße gegen das deutsche Schulwesen in Posen

Mit dem Beginn des neuen Schuljahres in Polen hat sich die Zahl der deutschen Schulen durch das Eingreifen der polnischen Behörden weiter verringert. Vier einklassigen deutschen Schulen wurde dadurch, daß ihnen die Schulräume genommen wurden, die Fortführung des Unterrichtsbetriebes unmöglich gemacht. Die von 26 Kindern besuchte deutsche Privatschule in Lubin, Kreis Kosten, mußte geschlossen werden, weil die in einem Privathause zur Verfügung stehenden Schulräume für „unzulänglich“ erklärt worden waren. Die deutschen Privatschulen in Raunthof (Orszbienisko), Kreis Samter, in Richardsdorf (Michalca), Kreis Gnesen, und in Neuhäusen (Gonice), Kreis Wreschen, die von 30, 65 bzw. 25 Kindern besucht wurden, mußten geschlossen werden, weil ihnen die bisher zur Verfügung stehenden kommunalen Räume entzogen worden waren. Im ganzen haben auf diese Weise wieder 146 deutsche Kinder ihre deutschen Schulen verloren.

Auch die seit Jahren angewandte Methode, den deutschen Gemeinden ihre vorkriegenen Lehrkräfte zu entziehen, hat mit Beginn des neuen Schuljahres unter den deutschen Lehrern des Polener Landes wieder ein Opfer gefordert. Der Lehrer Heinrich Gottfried, der vom November 1927 bis zum Juli 1935 die deutsche Volksschule in Rethheim, Kreis Schubin, leitete, ist ohne Angabe von Gründen in ein kongreßpolnisches Nest namens Worpatowo bei Petrikau versetzt worden.

Einige weitere Vorstöße gegen das deutsche Schulwesen im Posenen konnten, wenigstens teilweise und vorläufig, abgewehrt werden. Die staatliche Volksschule mit deutscher Unterrichtssprache in Spital, Kreis Hohentala, die seit 150 Jahren besteht und 3. St. von 42 Kindern besucht wird,

solle geschlossen und die deutschen Kinder sollten an die staatliche Volksschule mit polnischer Unterrichtssprache in Eigenheim (Gast) überwiesen werden. Der Kreisinspektors erklärte, daß eine Schließung nicht beabsichtigt sei; jedoch sei das Schulgebäude in Spital zu baufällig, daß sich die Notwendigkeit ergebe, die deutschen Kinder dieser Gemeinde in die polnische Schule in Eigenheim zu überweisen; dort werde ihnen ein Schulraum für ihren deutschsprachigen Unterricht bereitgestellt. Die deutsche Elternschaft, die alle geforderten Instanzungsarbeiten gewissenhaft durchgeführt hat, weigert sich, die Kinder nach Eigenheim zu schicken.

Im starke Unruhe wurden auch die Eltern der deutschen Kinder in Krosen, Kreis Bromberg, in Kaulin, Kreis Bongrowitz, in Waldesruh (Dobie), Kreis Hohentala, und in Strelno durch die Nachricht versetzt, daß die dortigen deutschen Schulen h. j. m. Schulklassen (mit je rund 40 Kindern) geschlossen werden sollen. Im Falle Waldesruh hat der Kreisinspektors erklärt, daß der deutsche Schulbetrieb erhalten bleibe und wie bisher fortgeführt werde; es sei jedoch beabsichtigt, eine jedtschlaffige Volksschule am Ort zu errichten, in der dann der Unterricht so geregelt werden soll, daß die deutschen Kinder in den ersten vier Klassen deutschen Unterricht erhalten, in den beiden oberen aber in polnischer Sprache unterrichtet werden sollen. Der deutsche Charakter der Schule ist hier also für die Zukunft gefährdet. Was mit den Schulen in Kaulin und in Krosen geschehen wird, steht noch nicht fest. Dagegen hat die deutsche Klasse der polnischen Schule in Strelno den Unterrichtsbetrieb wieder aufnehmen können.

Bier neue deutsche Schulen

Der ähnen Ausdauer und Opferbereitschaft der deutschen Volksgruppe ist es gelungen, mit dem Beginn des neuen Schuljahres nach jahrelangen Bemühungen an vier Orten neue deutsche Privatschulen ihrer Bestimmung zu übergeben: je zwei Schulen in Pommernellen und in Ostpreußen, und zwar in Königsberg und Dirschau, bzw. Bialystok und Chmollowitz. Wohlgeheuer. Es sind nicht neue deutsche Unterrichtsbetriebe, die eröffnet worden sind, sondern neue Schulgebäude, die ihrer Bestimmung übergeben wurden, und die Fortführung bestehender bzw. Wiedereröffnung früher geschlossener deutscher Schulbetriebe ermöglichen. Im Falle Bialystok handelt es sich um eine modern eingerichtete liebenkaffige Volksschule mit Turnhalle usw. in die nimmehr die deutschen Kinder eingehen werden. In Chmollowitz handelt es sich um einen Schulbau, der neben zwei Klassen ein gut ausgestattetes deutsches Kindergarten beherbergt. Die Schule wird gegenwärtig von 100 Schülern und der Kindergarten von 45 deutschen Kindern besucht. Um die deutschen Schulen in Königsberg und Dirschau ging ein jahrelanger hartnäckiger Kampf. Im Jahre 1920 hatten die beiden Städte, nachdem die dortigen Deutschen ihre alten Schulgebäude an die neuen polnischen Herren hatten abgeben müssen, deutsche Privatschulen erhalten. Den Rücktritt des Dirschau und den Tod des königlichen Schulleiters benutzten die polnischen Behörden, um im Jahre 1931 zunächst die Dirschau und im folgenden Jahre auch die königliche Anstalt zu schließen. Die erstere war damals von etwa 170, die andere von etwa 220 deutschen Schülern besucht. Mehrere Jahre hindurch weigerten die polnischen Behörden sich, dem

fluten Drängen der deutschen Eltern und Schulkreise nachzugeben. Unter den merkwürdigen Vorwänden wurden deren immer wiederholte Eingaben, Vorhänge und Beschwerden abgelehnt oder verschiebt. Für die Glaubwürdigkeit der im Falle Dirschau zuständigen politischen Schulbehörde ist vor allem folgender Umstand bezeichnend: Die deutsche Anstalt wurde mit der Begründung geschlossen, daß das St. Georgshospital, in dem sie untergebracht war, den baulichen Vorhänge, die an ein Schulgebäude gestellt werden müßten, nicht mehr genüge. Diese Begründung, die der Behörde gut genug war, um für die Schließung einer deutschen Schule herzuhalten, hinderte dieselbe Behörde kurze Zeit darauf freilich nicht, im St. Georgshospital eine polnische Handelsschule unterzubringen. Auch nachdem schließlich die Errichtung eines neuen deutschen Schulgebäudes in Dirschau genehmigt worden war, fanden die zuständigen politischen Stellen nach allerlei Mittel, die Errichtung zu versögern. So kamen sie, als das Gebäude schon fertiggestellt war, dahinter, daß noch ein Luftschuttteller eingebaut werden muß; es mühten also noch einmal kostspielige Umbauten vorgenommen werden. Die Betriebsnahme der Schule zögerte sich auf diese Weise bis Anfang September d. Js. hinaus. Geschlossen wurden die deutschen Schulen in Dirschau und Königsberg als „höhere Schulen“. Jetzt sind sie als liebenkaffige Volksschulen wiedereröffnet worden. Sie sind in einfachen, aber hübschen Gebäuden untergebracht und, das trifft vor allem für die Dirschau Schule zu, mit allen Hilfsmitteln eines modernen Schulbetriebes ausgestattet. Die Dirschau Anstalt hat den Namen „Eichendorff-Schule“ erhalten.

Ostland-Chronik

Verfall des Schulwesens in Polen

Der „Ilustrowany Kurjer Codzienny“ hat in letzter Zeit in verschiedenen Artikeln seinen Bedenken und Sorgen über die Entwicklung des Schulwesens in Polen Ausdruck gegeben. So hat er aus den Urteilen von Lehrern festgestellt, daß der Schulzustand durchaus nicht so allgemein durchgeföhrt wird, wie es die Bestimmungen erfordern. Ein Lehrer aus Gattin berichtet z. B., daß dort „nur die Kinder zur Schule kommen, die kommen wollen, und die, die kommen, lernen nur dann, wenn es ihnen paßt“. Die Eltern halten die Kinder im Hause zurück, obwohl es an Arbeitskräften nicht mangelte, ja geradezu ein Uebermaß von Arbeitskräften vorhanden sei. Viele Kinder schloffen ihre Ausbildung nach 2 oder 3 Schuljahren ab und seien dann so eine Art „rückfälliger Analphabeten“, weil sie Lesen und Schreiben nicht gründlich gelernt haben. Aber auch aus Westpolen, aus der Polener Wojewodschaft, läßt sich die Krafterlose Zeitung über ähnliche Zustände berichten. Auch dort werde auf dem Lande der Schulzustand nicht eingehalten. Weil die „Schulplattiz in Ordnung sein müßte“, würden auch unfähige Kinder von Klasse zu Klasse verjagt, und „wenn sie die Schule verlassen, können sie nicht ordentlich lesen und schreiben“. Die Lehrer betätigen aus ihren Erfahrungen, daß das jugendliche Verbrechen um zugleich mit der wachsenden Zahl der Analphabeten in Polen steigt.

Während nach den amtlichen Statistiken bisher der größte Prozentfah der Analphabeten in den östlichen Wojewodschaften zu finden war, berichtet der „Ilustrowany Kurjer Codzienny“ über ein Anwachsen des Analphabetentums auch in den südlichen Wojewodschaften und stellt dazu fest, daß gerade diese Wojewodschaften auf dem Gebiet des Schulwesens eine „herrliche Geschichte aufzuweisen“ haben. „Die damalige galizische Selbstverwaltung brachte das Schul- und Bildungswesen auf eine sehr hohe Stufe und konnte sich der immer stärkeren Abnahme der Zahl der Analphabeten rühmen, so daß vor dem Kriege das Analphabetentum in Keipolen, namentlich in Westgalizien, ganz erloschen war (?!).“ Die Zeitung fordert, daß „die Notwendigkeit, heute in der Zeit der Krise im Staatshaushalt zu sparen, sich nicht in der steigenden Zahl der Analphabeten äußern dürfe“. Sie klagt über die „allzu vielen

Doktrinen und Programme“. „Die Schulen sind vielfach in große Versuchslaboratorien verwandelt worden, wo Versuche und Unberufener Versuche der verschiedensten Art durchgeführt ... Die impantanten Schulgebäude mit ihrem palastförmigen Aussehen sind nur eine Fassade, hinter der sich leider die Stodung im Kampf mit dem Analphabetentum verbirgt.“

Die Aufstandsführer tagten

Am 1. September traten die früheren Führer des Polener Aufstandes, die Leiter der ehemaligen Volkswehren, Volksräte und geheimen Organisationen, zu einer Tagung zusammen. Man war sich auf dieser Tagung einig darüber, daß es notwendig sei, eine umfassende Geschichte des Polener Aufstandes zu schreiben. Eine solche Geschichte gebe es heute noch nicht, obwohl eine Menge Material gesammelt worden sei. Es sei zwar schon eine Aufstandsgeschichte erschienen. Aber ihr Verfasser sei ein galizischer Jude namens Wieliczka, der sich für den Gebrauch in Polen den Namen „Wieliczka“ beigegeben habe. Dieser „Historiker“ habe das in ihn gefetzte Vertrauen enttäuscht. Die Tagung nahm eine Entscheidung an, in der sie ihre peinliche Verwunderung darüber zum Ausdruck brachte, daß sich Leute finden konnten, die es für richtig hielten, die Bearbeitung der Polener Aufstandsgeschichte einem Juden zu übertragen. Das ist eine Spitze gegen die polnischen Regierungskreise, die für die Wahl des Verfassers wohl verantwortlich sind. Auch sonst trug die Tagung eine den Warschauer nicht eben freundliche Geminnung zur Schau. So wurde u. a. darüber Klage geführt, daß die ehemaligen Teilnehmer am Polener Aufstand in letzter Zeit immer mehr unter den verschiedensten Vorwänden aus ihren Stellungen herausgedrängt und durch Leute ersetzt würden, die sich niemals für die Freiheit Westpolens eingesetzt hätten.

Das Thorer Diakonissenhaus

Durch Verfügung des pommerellischen Wojewoden wurde vor längerer Zeit das Thorer Diakonissenhaus, das einzige Krankenhaus der Deutschen in Thorn und Umgebung, seinem rechtmäßigen Besitzer, dem

Thorer Diakonissenkrankenhaus-Verein, weggenommen und dem Kreisausdruck übergeben. Gegen diese Verfügung war sofort beim Warschauer Annonisten ein Einspruch erhoben worden. Diefes hat nunmehr die Verfügung des Wojewoden beftätigt. Die Angelegenheit ist damit nicht erledigt. Die Rechtsmittel des Vereines sind noch nicht erschöpft. Trozdem ist die Leitung des Krankenhauses bereits vor Monaten in polnische Hände übergegangen, und an die Stelle der deutschen Diakoniffen find bereits polnische Schwestern aus Warschau getreten. Im Zeichen der Annäherung . . .

Dr. Pant fagt

Die Charakteristik, die der polnische Hauptmann Kantor in seinem Buche „Die Kämpfe um das Teichener Schloffen in den Jahren 1914 bis 1920“ von dem ehemaligen Senator Dr. Pant gegeben hat („Ostland“ Nr. 17, S. 198), hat diesen dazu veranlaßt, sich in seinem Blatt „Der Deutsche in Polen“ von Kantor ein neues und natürlich besseres Zeugnis ausstellen zu lassen. Das Kantorsche Buch ist vor fünf Jahren erschienen. Wenn man bedenkt, wie sich Dr. Pant in dieser Zeit politisch entpuppt hat, ist es an sich verständlich, wenn Kantor es bebauert, damals so hart und abwäglich über ihn geurteilt zu haben. Der Kattowitzer Zeitung weist darauf hin, daß das damalige Urteil Kantors wohl mehr Anspruch auf Glaubwürdigkeit erheben kann, als das heutige, das den Zeitumständen entsprechend „revidiert“ worden ist. Sie schreibt u. a.: „Gestützt auf das im „Deutschen“ veröffentlichte Dokument, hat Herr Dr. Pant gegen die Kattowitzer Zeitung gerichtliche Klage veranlaßt. Wir werden zu dem Termin mit dem buchmäßig festgelegten Erinnerungen Kantors kommen und mit einer Darlegung, welchem von den beiden Dokumenten des gleichen Verfassers logischerweise mehr Wert beizumessen ist.“

Deutsch-polnischer Handwerker austausch

Küchlich hielt sich Reichshandwerksmeister Schmidt zu einem mehrtägigen Besuch in Warschau auf. Der Zweck des Besuches war, mit den Führern des polnischen Handwerks Fühlung zu nehmen. Zugleich überbrachte Schmidt die Einladung zu dem in den ersten Oktobertagen in Berlin stattfindenden Internationalen Handwertertag. Die Spizhenorganisation des polnischen Handwerks stellte ihren Beitritt zum Internationalen Handwertersinstitut grundsätzlich in Aussicht. Zwischen dem Deutschen und dem polnischen Handwerker ist eine engere Fühlungnahme vereinbart worden. U. a. ist man übereingekommen, einen Austausch deutscher und polnischer Handwerker vorzunehmen. Bereits in nächster Zeit sollen 20 bis 30 polnische Handwerker für einige Zeit nach Deutschland kommen, um hier praktisch in Handwerksbetrieben zu arbeiten. Umgekehrt sollen auch einige deutsche Handwerker zu einem kurzen Aufenthalt nach Polen geschickt werden.

Um bildung der litauischen Regierung

Die blutigen Bauernunruhen im südlichen Litauen haben den Anstoß zu einer Um bildung der Kauener Regierung gegeben. Der langjährige Innenminister Obrer Rusteika und der seit 1926 amtierende Landwirtschaftsminister Aleska sind zurückgetreten. Zum Innenminister wurde der bisherige Chef der Kauener Garnison, Generalleutnant Julius Capeika, ernannt. Die Nachfolge Aleskas trat der Landwirt Butinsklis an.

Es konnte natürlich nicht ausbleiben, daß auch die litauischen Bauernunruhen in den Dienst der deutschfeindlichen Propaganda gestellt wurden. Das litauische Regierungsblatt „Lietuvos Aidas“ schrieb in einem Leitartikel am 31. August u. a.: „Wer seine Aufmerksamkeit der Tatsache zuwendet, daß die angebliche Bauernbewegung nicht dort ihren Ursprung genommen hat, wo die Lage der Bauern am schwersten ist, sondern gerade im Kreise Suwalki, wo das Land relativ gut ist und die Lage der Bauern im großen und ganzen besser ist, dem wird diese Bewegung leicht zu einem merkwürdigen Rätsel. Doch denken wir daran, daß am 29. September im Memelgebiet die Wahlen stattfinden sollen, und daß der Kreis Suwalki schon vor dem Kriege stark von Deutschen besiedelt war, so wird das Rätsel wohl nicht so schwer zu lösen sein. Die weitere Untersuchung

wird zeigen müssen, woher in Wahrheit jener unfelige Bauernstreik seinen Ursprung genommen hat.“ Eine Untersuchung durch Spizhiater wird zeigen, wohin die Artikel-schreiber des „Lietuvos Aidas“ gehören. Die Bauernunruhen waren nach einigen Tagen zwar im wesentlichen unterdrückt worden. In einigen Landesteilen Nordlitauens aber flakierten immer wieder örtliche Unruhen auf. Verschiedentlich tam es, so in der Gegend von Tauraggen und Schatzen, zu Terrorakten und Brandstiftungen.

Die Memelfrage im Urteil des Auslandes

Die „Neue Züricher Zeitung“ schloß einen längeren Bericht über die litauischen Rechtsverlegungen im Memelgebiet, „Wenn die Litauer Deutschlands Drang nach dem Osten fürchten, so handeln sie unklug, wenn sie Deutschland auch nur einen Schritt von Recht liefern, mit dem es eines Tages eine aktive Politik ihnen gegenüber begründen kann. Sie erkennen für diesen Fall auch jede Intervention der Mächte zu ihren Gunsten. Gerade weil über dem europäischen Nordosten eine gewisse Unsicherheit schwebt, gehört die Beachtung des Memelstatus zu den hauptvorraussetzungen für die Erhaltung des Friedens. In einer Regelung der Beziehungen zwischen Litauen und Deutschland ist auch das übrige Europa interessiert, wahrscheinlich mit der einzigen Ausnahme von Rußland, dem Deutschland schlechte Beziehungen zu seinem kleinen Nachbarn passen, um es verdrängten zu können. Es ist deshalb zu wünschen, daß die Bemühungen der Garantiemächte unter britischer Führung Litauen zu einer einsichtigeren Methode zurückzuführen vermöchten. Heute ist die Frage nahe liegend, ob nicht, wie schon mehrfach angeregt wurde, die Garantiemächte den Völkern und Erbschen sollen, die kommende Wahl des Memel Landtages zu überwachen, damit sie wirklich frei und geheim und nach demokratischen Grundätzen vor sich geht.“

Marmor auf deutsche Kosten

Die litauische Hauptstadt besitzt ein pompöses Staatsbankgebäude. Der Bau hat 7 Millionen Lit gekostet. Marmorarbeiten innen und außen. Kunstvolle Möbel in den Büros. Alles deutsche Arbeit. Die deutsche Baufirma ist ebenso wie die andere deutsche Firma, die die Inneneinrichtung besorgt hat, bei diesem „Geschäft“ mit der Lietuvos Bankas beliebt gegangen. Ihre Bieferungen wurden nicht bezahlt. Wenn das schon bei der Staatsbank geschieht . . .

Die „Deutsche Partei“ in Litauen geschlossen

Die im Jahre 1920 gegründete Deutsche Partei, die politische Organisation der Deutschen Großlitauens, ist Ende Juli vom Kauener Kreischef aufgelöst worden. Die Auflösung wurde mit „Unstätigkeit“ begründet. Die Partei war seit der Auflösung und Ausschaltung des Kauener Sejms im Jahre 1927 in ihrer Betätigung lahmgelegt worden. Das Deutschum Großlitauens besitzt nunmehr eine einzige zentrale Organisation nur noch den Deutschen Kulturverband, dem jedoch gleichfalls auf Schritt und Tritt Schwierigkeiten bereitet werden.

Ein nationaldemokratisches Gebet

Meht somit als originell ist die Art, in der die Nationaldemokraten den lieben Gott um ihr Wohlfestanden bemühen. Ihre Presse verbreitete den Wortlaut eines „Gebetes um ein Großpolen“, das gelegentlich einer nationaldemokratischen Pilgerfahrt nach einem weltgälischen Wallfahrtsort seine Urfassung erlebte. Gott und die heilige Jungfrau werden darin gebeten, „auf den Hunger und das Gend der Millionen zu blicken, die ohne Arbeit und Brot sind“. Dann heißt es weiter: „Sieh, wie das göttliche Recht mit Füßen getreten wird. Sieh auf die Bedrückung der Rechtschaffensten, auf das Schinden des Gewissens. Sieh, wie sich die frechen Feinde des heiligen Glaubens und der Kirche Gottes immer mehr ausbreiten. Sieh herab auf unsere Brüder, die für ihr Liebes zu Wolf und Waterland hühen müssen. Sieh auf die Unterdrückung der menschlichen Würde und Freiheit.“ Weiter wird darin gebetet, „um ein anständiges Polen, um ein geredetes Polen, um ein Waterland für die Armen, um ein Polen für die Polen, um ein Polen des katholischen Gottesdienstes, um ein Polen freier Menschen, um ein Polen des reinen Gewissens, um ein Großpolen“.

Bagger beböhen Vorgesichtsdenkmäler

Am 10 vielen Orten, wie wohl in keiner anderen Provinz des Deutschen Reichs, wühlt der Spaten heute den ostpreussischen Boden um. Voreinzige versehen ganze Berge, Täler werden ausgefüllt und Sümpfe gefestigt. Der Bagger durchfurcht die Erde, und innerhalb kurzer Zeit ist restlose Arbeit getan. Angewichts dieser regen Tätigkeit ist es nicht verwunderlich, daß immer von neuem Bodenunde nutze gefördert werden, die von der alten Kultur unserer Väter Zeugnis ablegen. Sie alle zu reiten, dazu reichen die zur Verfügung stehenden Kräfte nicht mehr aus. Schlimm steht es besonders dann, wenn Bagger und Voreinzige angelegt werden und den Berg oder Hügel, worin sich vielleicht ein ganzes vorgeschichtliches Dorf oder ein Gräberfeld mit kostbarem, unerlegharem Grabgut befindet, in kürzester Zeit buchstäblich „abstreifen“. Hier kann dann die langsam fortschreitende Untersuchung des Ausgräbers nicht Schritt halten, und notgedrungenemassen die Notbergungsarbeit beschleunigt werden. Das ist gegenwärtig z. B. der Fall bei einem Gräberfeld der nachchristlichen Jahrhunderte bei Schugsten (Kreis Fisch-

hausen) und einem anderen Gräberfeld bei Althof (Kreis Pr. Eylau). Ebenso frist sich bei Palminden-Kratzpehlen der Bagger langsam aber stetig an den dortigen Burgberg heran. Die Unternehmung einer vorgeschichtlichen Burg dauert, sachgemäß vorgenommen, jahrelang. Schon die laufenden Arbeiten, die das Preussia-Jahreum bisher zu leisten hatte, überstiegen in den letzten Jahren bei weitem seine Kräfte. Die jetzt sich aufmerkende drohende Gefahr für weitere vorgeschichtliche Kulturdenkmäler, von denen die hier aufgeführten nicht die letzten bleiben werden, läßt die Schwierigkeiten ins Unermeßliche wachsen. Rettung kann nur der sachkundig geführte Spaten bringen. Es wäre dringend erwünscht, daß die ostpreussische Denkmalpflege für Vorgeschichte entsprechend ihrer umfangreichen und wichtigen Aufgabe, deren Erfüllung nationalpolitischen und volkserzieherischen Zielen dient, auch mit den nötigen Mitteln und Kräften versehen wird. Das ist erforderlich, bis, wie gesagt, nicht nur der Umfang der Ausgrabungsarbeiten ganz wesentlich gesteigt ist, sondern auch das Tempo, in dem sie durchgeführt werden, nothwendigerweise beschleunigt werden muß.

Die Bevölkerungsentwicklung in Ostland

Am Juli-August-Fest der „Eesti Statistika“ wurden die Angaben über die nationale Zusammensetzung der estländischen Bevölkerung auf Grund der Volkszählung vom 1. März 1934 veröffentlicht. Danach wurden in Ostland Vertreter von 51 verschiedenen Nationalitäten gezählt, von denen aber nur acht mehr als 1000 Personen umfassen, und zwar Esten 992 520 (= 88,2 % der Gesamtbevölkerung), Russen 92 656 (= 8,2 %), Deutsche 16 346 (= 1,5 %), Schweden 7641 (= 0,7 %), Letten 5435 (= 0,5 %), Juden 4434 (= 0,4 %), Polen 1608 (= 0,1 %) und Finnen 1088 (= 0,1 %). Zieht man zum Vergleiche die Angaben der Volkszählung vom Jahre 1881 heran, deren territorialer Bereich sich freilich mit dem der letzten Volkszählung nicht deckt, dessenungeachtet aber vergleichsweise verwertet werden kann, so ergibt sich, daß der Bombenerfolg der Esten um 3,1 gefallenen ist, vornehmlich auf Kosten der Deutschen, deren Bombenerfolg in diesem Zeitraum von 5,3 auf 1,5 zurückgegangen ist, während die Bombenerfolge für die übrigen wichtigsten Nationalitäten sich kaum verändert haben. Die Esten überwiegen in nahezu sämtlichen Städten, Flecken und Kreisen mit Ausnahme des Kreises Peshku und einiger weniger Flecken an der Ostküste des Landes, wo die Russen an erster Stelle stehen, sowie einiger weniger Gemeinden im Küstengebiet mit vorwiegend sibirischer Bevölkerung.

Die Verteilung der einzelnen wichtigsten Nationalitäten auf Stadt und Land ergibt folgendes Bild (in % der betreffenden Nationalität):

	Esten	Russen	Deutsche	Schweden	Letten	Juden
Städte und Flecken	30,2	28,8	83,3	14,8	49,0	98,2
Gemeinden	69,8	71,2	16,7	85,4	51,0	1,8

Das Verhältnis der Geschlechter weist für die einzelnen Nationalitäten Ostlands starke Verschiedenheiten auf. Dieses Verhältnis deckt sich mit rund 47 % Männern und 53 % Frauen für die Gesamtbevölkerung fast genau mit den entsprechenden Zahlen für die estnische Nationalität: 46,9 % : 53,1 %; für die Russen (48,1 % : 51,9 %) und die Schweden (48,0 % : 52,0 %), namentlich aber die Juden (49,9 % : 50,1 %) ergibt sich ein völliger Ausgleich der Geschlechter, während die männliche Bevölkerung bei den Letten (41,5 % : 58,5 %) und namentlich bei den Deutschen (40,0 % : 60,0 %) weit hinter dem durchschnittlichen Verhältnis für die Gesamtbevölkerung zurückbleibt.

Betrachtet man die einzelnen Nationalitäten nach den drei Hauptkategorien (Jugendliche: bis 19 Jahre, voll Arbeitsfähig: 20—59 Jahre und Greise: 60 Jahre und darüber), so ergibt sich folgendes Bild: Auf je 100 Personen im Alter von 20 bis 59 Jahren kommen bei den verschiedenen Nationalitäten

	Esten	Russen	Deutsche	Schweden	Letten	Juden
Jugendliche	52,3	68,3	39,6	63,5	29,6	39,5
Greise	24,6	15,7	36,0	26,2	35,4	15,0

Wirthin macht sich sowohl bei den Letten als auch bei den Deutschen eine starke Ueberalterung bei gleichzeitig geringem Nachwuchse bemerkbar. Der Anteil der Jugendlichen ist bei den Russen und Schweden besonders hoch, die Ueberalterung bei den Russen und Juden besonders niedrig. Die Verschiebung des Verhältnisses zwischen den drei Alterskategorien für die estnische Nationalität veranschaulicht folgende Tabelle, die einen Vergleich der entsprechenden Zahlen für die Jahre 1897 und 1934 ermöglicht; auf je 100 Esten im Alter von 20—59 Jahren kommen

	Jugendliche	Greise
1934	51,8	24,7
1897	85,3	20,3

Bei der Betrachtung der erwerbsfähigen, d. h. durch Arbeit oder sonstige ein selbständiges Einkommen erzielenden Bevölkerung ergibt sich für die einzelnen Nationalitäten folgendes Bild: Esten 41,8 %, Russen 35,7 %, Deutsche 50,9 %, Schweden 29,6 %, Juden 44,7 %. Die relativ hohen Sätze für die deutsche und jüdische Bevölkerung erklären sich aus der beruflichen und gesellschaftlichen Schichtung dieser vornehmlich die Städte bewohnenden Nationalitäten, während das Ueberwiegen der Landwirtschaft bei den übrigen Nationalitäten die entsprechenden Zahlen drücken muß, da die Arbeit hier in nicht unwesentlichem Maß: mit Hilfe un- selbständiger Familienmitglieder geleistet wird.

Somit die Mitteilungen der estländischen statistischen Zeitschrift. Das Bild, das sich aus diesen Zahlen für die deutsche Volksgruppe in Ostland ergibt, ist denkbar ungünstig. Mit 16 346 Seelen machte das Deutschland am 1. März 1934 nur noch 1,5 v. H. der Gesamtbevölkerung Ostlands aus. Von je 100 Deutschen wohnen mindestens 83 in den Städten und Flecken, nur noch knapp 17 v. H. auf dem ländlichen Lande. Der Nachwuchs ist gering, die Altersklasse von 60 Jahren und darüber ist unverhältnismäßig stark vertreten. Auf je 60 berufliche Frauen kommen nur 40 berufliche Männer. Was das alles für die Zukunft der deutschen Volksgruppe in Ostland bedeutet, läßt sich leicht ermessen. Selbst wenn die Geburtenziffer bei den estländischen Deutschen stark in die Höhe schnellen würde (wozu wenig Aussicht vorhanden ist), würde nicht mit einer natürlichen Vermehrung der deutschen Volkszahl zu rechnen. Die ungünstige Ueberalterung wird voraussichtlich noch für lange Zeit ein Ueberwiegen der Todesfälle über die Zahl der Geburten bewirken. Das Deutschland in Ostland ist mit einer schmerzlichen „Hypothek des Todes“ belastet. Dieser Zustand wird noch dadurch verschärft, daß infolge des Mißverhältnisses zwischen den Geschlechtern und infolge der starken sozialen Verlagerungen zwischen den verschiedenen Nationalitäten die Zahl der nationalen Rassen, die jenseitigen einen Verlust für das Deutschland bedeuten, ungenügend hoch ist. Warum unter diesen Umständen in der estnischen Presse das „deutsches“ von der „deutschen Gefahr“ nicht endlich verstummt, ist unerfindlich.

Kampf und Aufgaben der Bayerischen Ostmark

Auf der Arbeitslagung des Bundes Deutscher Osten in Cham, über die in den beiden letzten Folgen des „Ostland“ bereits berichtet wurde, sprach Gauinspektor P. Ganninger über Sinn und Bedeutung der Bayerischen Ostmark. Nachstehend werden einige Auszüge aus dieser Rede gebracht.

Der Gau Bayerische Ostmark erhält in zweifacher Hinsicht durch seine geographische Lage seine besondere Bedeutung. Zwei Gefahren stellen sich für Deutschland, deren Überwindung seine Aufgabe ist, liegen im Bereich dieses Gaues: 1. An der Fürther Senke, wo der tschechische Volkshoden an die Reichsgrenze heranreicht, befindet sich die engste Einknürnung des deutschen Raumes zwischen Slaven im Osten und Romanen im Westen; 2. die Mainlinie, die sich in der deutschen Geschichte so unheilvoll ausgewirkt hat, reicht in das Gebiet des Gaues hinein. Die eine Gefahr ist nur durch eine starke Position im Grenzraum zu überwinden. Die zweite Gefahr aber läßt sich nur überbrücken, wenn es gelingt, an die Stelle der bislang vorhandenen Einheiten stammesmäßiger und kulturpolitischer Art, konfessioneller und dynastischer Art eine größere Einheit zu setzen, eine Einheit, die nur gebildet werden kann von einer Bewegung, die sich anmaßt und vornimmt, die deutsche Geschichte auf ein Jahrtausend neu zu gestalten. Indem der Führer den Gau Bayerische Ostmark schuf, allen überkommenen Anschauungen zum Trotz, hat er zum ersten Mal in der Geschichte Oberfranken, Oberpfalz und Niederbayern zu einer gemeinsamen grenzdeutschen Aufgabe zusammengefaßt. Er hat es unternommen, die Menschen dort zum Begreifen einer größeren Einheit, einer staats- und volkspolitischen Notwendigkeit zu erziehen. Und dieses Wagnis, das kann man wohl sagen, ist — in seinen Anfängen wenigstens — schon heute durchaus gegliedert.

Vor einiger Zeit ist eine Denkschrift erschienen; darin kann man u. a. folgendes lesen: „... Der Name Bayerische Ostmark, abgemandt auf die Regierungsbezirke Oberfranken, Oberpfalz und Niederbayern, entbehrt aber auch jeder geographischen und geschichtlichen Begründung. Das fränkisch-bairische Coburg, das vogtländische Hof, die fränkisch-bischöfliche Bamberg, die preußisch-brandenburgischen hohenzollernstädtische Bayreuth und Kulmbach sollen Bayerische Ostmark sein? Und der Grenzland dazu? Diese Städte und Landschaften sind überhaupt nicht bairisch dem Stamme nach. Zum bayerischen Staat gehören die fränkischen Bistümer und Fürstentümer erst seit 130 Jahren als Geschenk Napoleons für die Waffenhilfe. Coburg schloß sich erst 1920 an Bayern an...“ Diesen hausbadenen Unsinn veröffentlichte die Zentralkommission für wissenschaftliche Landeskunde von Bayern. Wir wissen, was die Bayerische Ostmark sein soll. Nicht ein Titel, dazu bestimmt, die Brüder in der österreichischen Ostmark vor den Kopf zu stoßen und in ihnen etwa das Gefühl zu wecken, daß sie nun nicht mehr berechtigt seien, sich als deutsche Ostmärker zu fühlen. Sondern ein Titel, dazu bestimmt, einen Kreis deutscher Menschen mit dem Gedanken zu erfüllen, daß sie innerhalb der großen deutschen Ostmark, die sich von Oesterreich bis hinauf nach Ostpreußen erstreckt, einen wichtigen Abschnitt zu betreten und zu behüten haben.

Als die Gauselitung vor wenigen Jahren auf Befehl des Führers daran ging, die ihr zugeteilte Aufgabe zu lösen, da konnte sie nicht damit rechnen, daß die Menschen, die ihrer politischen Führung anvertraut wurden, schon innerlich bereit waren, den von ihnen geforderten Grenzkampf zu führen, oder überhaupt schon zu begreifen in der Lage waren, was Grenzkampf eigentlich heißt. Es ist sehr bezeichnend für die Einstellung, die man früher in den herrschenden Kreisen der Bayerischen Volkspartei zu diesem Grenzgebiet hatte, daß man spöttisch-nachlässig von „da hinten in der Oberpfalz“ sprach. Da war für diese Leute, die früher in Bayern regierten, die Welt mit Brettern

vernagelt, da war es, so meinten sie, „nicht weit her“ mit den Menschen, und daher hielten sie es auch nicht für nötig, ernsthaft zu helfen. Nur manchmal kam es wohl vor, daß einer der Abgeordneten der Bayerischen Volkspartei das Bedürfnis empfand, seinen Wählern, „in der Oberpfalz hinten“ einen Beweis seiner „Arbeit“ zu geben; da wurde dann rasch irgendwo ebenförmig wohl planlos ein Stück Eisenbahnstrecke oder Straße gebaut. Und da der Ehrgeiz des „Volkserreters“ damit zufriedengestellt war, war dann der Fall damit erledigt. Man ließ die Menschen der Ostmark geistig und physisch verkommen. Man ließ keinen Gewinn darin, sie kulturell auf eine höhere Stufe zu heben. Die Kunst „gehörte“ nach München, die Industrie nach Nürnberg und der Fremdenverkehr in die Alpen. In der Bayerischen Ostmark aber versprach man den Menschen ein besseres Jenseits, um sich der Verantwortung für ihr Diesseits entziehen zu können. Man reichte ihnen etwas, was man als Religion deflatierte, in Wirklichkeit aber nichts anderes als eine Zerteilung irdischer Triebkräfte war.

Fahren wir heute durchs Land, dann werden wir allenthalben schöne Kirchen entdecken, die vielfach recht harmonisch in die Landschaft eingebaui sind; und gehen wir in die Kirchen hinein, dann werden wir dort neben wertvollen und scheußlichen Dingen hin und wieder auch Zeugnisse eines wirklich hoch entwickelten Kunstsinnes sehen. Aber es wäre verfehlt, daraus etwa zu schließen, daß die Kirchenbetreuung für dieses Land eine kulturbedrängende Wirkung hervorgerbracht hätte. Wir brauchen nur aus den Kirchen heraus in irgendeine der benachbarten Wohnhöfen zu treten, um uns davon zu überzeugen, daß die Fürsorge, die man diesem Lande zugewandt hat, sich nirgends über den engsten Kreis der Kirche hinaus erstreckt hat. Allenthalben trägt das Land noch die Spuren eines Regimes, das man kurz und treffend als Priesterberberschaft bezeichnet.

Seit der Wachtregreife hat sich vieles in dieser Hinsicht gebessert. Aber wir sind uns im Klaren darüber, daß mit der Wenderung der äußeren Machtverhältnisse der eigentliche Kampf, der Kampf um die geistige Führung des Landes und seiner Menschen, erst wirklich eingesetzt hat. Als wir zur Macht kamen, gab es in der Oberpfalz und in Niederbayern, einem Gebiet mit rund 1,7 Millionen Bewohnern, nur rund 16 000 eingeschriebene Mitglieder der Partei. Am März 1933 konnte die NSDAP rund 130 000 Stimmen auf sich vereinen, und im November desselben Jahres marschierte dieses Gebiet schon mit 93 v. H. Stimmen für den Führer mit an der Spitze aller Gaue des Reiches. Diese Zahlen geben einen Maßstab für die fortschreitende seelische Erfindung des Volkes. Wenn das gelungen ist, dann ist das vor allem unsern toten Gauleiter Hans Glemm zu verdanken, der zu den Männern in Deutschland gehörte, die man als die Seele der Bewegung ansprechen darf. Schmemm war es, der es verstand, die Glöck des Blutes in allen Deutschen wieder anzuschlagen, ihnen verschüttete Quellen der Rasse und des Volkstums wieder freizulegen, den Begriff der Religion auf eine höhere Warte als die des Konfessionellen zu heben. Er wußte die Aufgabe, die ihm der Führer gestellt hatte, als er ihm die Leitung des Gaues übertrug, so vorzubereiten, daß wir ihre endgültige Lösung heute als gesichert ansehen können.

Wir wissen freilich, daß die Aufgabe, aus Franken, Oberpfälzern und Niederbayern Deutsche und nichts als Deutsche zu machen, einen unversöhnlichen Gegner hat, den politischen Katholizismus. Ohne Uebertriebung können wir sagen, daß die Christianisierung des Abendlandes und der Welt nicht möglich gewesen wäre ohne all das, was der forschende deutsche Geist, der kritische deutsche Mensch im Gange der Jahrhunderte an großen und schönen Ideen der Welt gegeben hat. Deshalb war auch in der Vergangenheit das deutsche Volk immer wieder der Austragungsort für alle Spannungen auf diesem Gebiet, und es scheint unter Schicksal zu sein, auch in Zukunft wieder diese Spannung durchkämpfen zu müssen. Der politische Katholizismus ist für uns in der Bayerischen Ostmark heute der einzige, noch ernst zu nehmende Gegner. Wir sehen, wie er in letzter Zeit seine Stellung im tschechischen Staate neu

zu stärken gewußt hat und wie er von dorthin über die Grenze hinweg in unser Gausgebiet einzugreifen versucht. Wir kennen die Arbeit der Röhler und Kisterlichen Anstalten in unserm Gebiet und wir sehen für unsere Arbeit die notwendigen Folgerungen daraus.

Wir erinnern das Volk. Wir haben ihm klar gemacht, daß es nicht in über und anständig ist, in dieser Welt nur zu beten und von milden Gaben zu leben. Wir haben das Volk aufgerufen, sich selber zu helfen. Und es ist uns gefolgt. Es hat wieder Mut zur Selbstbehauptung bekommen. Es macht ortsweilte Anstrengungen, dem Elend, in das es von den früheren Wadthabern gestürzt worden ist, zu entrinnen. Und es hat heute wieder ein Recht darauf, daß ihm geholfen wird, denn dieses Recht besitzt jeder, der sich selber ehrlich zu helfen gewillt, aber noch nicht stark genug ist. In vielen Orten, vor allen, in den unmittelbaren Brennstreifen, reichen die Kräfte der Selbsthilfe nicht aus. Biersack können die vom Staate zur Verfügung gestellten Mittel für Notstandsarbeiten nicht ausgenutzt werden, weil die für die vorgeschriebene Restfinanzierung erforderlichen Mittel nicht aufgebracht werden können. Das gilt z. B. für die als Notstandsarbeiten durchgeführten Straßenbauten in den grenznahen Gebieten. Straßenbauten sind dort notwendiger als irgendwo sonst. Aber sie können nicht durchgeführt werden, weil die völlig verarmten Gemeinden die Restfinanzierung weder aus eigenen Mitteln noch durch die Aufnahme einer Anleihe aufbringen können. So kommt es, daß gerade in diesen der Grenze zunächst liegenden Kreisen die Zahl der arbeitslosen Volksgenossen noch außerordentlich hoch ist, während das übrige Gausgebiet bereits weit über den Reichsdurchschnitt von Arbeitslosen befreit werden konnte. Die Sicherung der wirtschaftlichen Lebensgrundlage aber ist gerade im Grenzgebiet eine unbedingte Notwendigkeit. Denn erst aus der wirtschaftlichen Existenzsicherung heraus kann es gelingen, aus den Menschen der Grenze ein festes und absolut sicheres Volkswert für Deutschland zu machen.

Wir sind in der Bayerischen Ostmark über die Sorge ums tägliche Brot hinaus mit Erfolg um die Neubebauung alten volksgebundenen Brauch-

tums bemüht. Wir rufen die Kräfte ursprünglichen Kunstschaffens zu neuer Entfaltung. Wir haben uns bemüht, durch eine entsprechende Umfaltung des Kunstgewerbes der Bayerischen Ostmark eine Verfeinerung des Geschmacks herbeizuführen. So wurden der Glasindustrie des Bagerischen Waldes neue Motive und der Holzwirtschaft des Chamer Notlandsgebietes neue Anregungen gegeben. Wir bauen heute freilich keine schönen Kirchen mehr mit staatlichen Geldern, um daneben, wie es die früheren Herren getan haben, Drecksäcker von menschlichen Wohnungen bestehen zu lassen. Wir bauen neue Häuser; wir legen brauchbare Straßen an; wir machen es den Menschen wieder möglich, lauber und anständig zu leben; wir lagern ihnen, daß sie nicht bloß die Arbeitsobjekte für die von ihnen betretene Materie sind; wir halten es nicht für überflüssig, uns darum zu kümmern, daß es in ihren Stuben wieder geschmackvolles Geschir, geschliffene Gläser, einmändrige Bilder und gefällige Möbel gibt, und daß Blumen vor den Fenstern ihrer Wohnungen stehen. Wir wollen und werden erreichen, daß der Schönheitssinn der Menschen wieder erwacht, daß das Volk in seinen breiten Massen wieder die äußere Möglichkeit und die innere Bereitschaft besitzt, aus sich selbst heraus kulturelle Werte zu schaffen.

Was wir tun, das kann auch für die Deutschen jenseits der Grenze, die heute in einem verwerflichen Behauptungskampf stehen, nicht gleichgültig sein. Es hat keinen Sinn, ihnen zu sagen: wir denken an euch, wir fühlen mit euch, — während hier, auf unserer Seite, unmittelbar an der Grenze, Not, Hunger, Unzufriedenheit und Zerissenheit herrschen. Wir glauben vielmehr, daß wir sie in ihrem Kampf viel besser dadurch zu unterstützen vermögen, daß wir ihnen zunächst einmal bei uns selber das Bild einer geschlossenen Einheit vordemonstrieren, einer Einheit, die über Stämme, Konfessionen, Bildungsgrade und Wirtschaftsgruppen hinweg reicht, die den Begriff „Vaterland“ zu etwas Erstrebenswerterem und etwas Lebendigem macht. Und wir wissen, daß wir uns in diesem Streben nicht schieben können mit allen denen, die irgendwo an Deutschlands Grenzen stehen, um ihre Pflicht zu erfüllen.

Buchbesprechungen

Grenz- und Ostmark. Die Klammern Ostdeutschlands. Von Janoschek und Klaus Borries. Edwin Runge-Verlag, Berlin 1935, 68 Seiten, 0,90 A.M. — Diese Schrift, an deren Abfassung außer den erwähnten Verfassern auch Dr. Schmidt beteiligt war, gibt in gedrängter Form einen vorzüglichen Einblick in die zwischen Bommern und Schlesien vorliegenden östlichen Grenzgebiete des Reiches. Der geschichtliche Teil ist aufschlußreich und anregend geschrieben. Die räumpolitische Bedeutung der Gebiete in Vergangenheit und Gegenwart wird gut herausgearbeitet. Die Tatsachen des wirtschaftlichen und geistigen Lebens der Ostmark, die in der Schrift angeführt werden, werden den, der dieses Land nur als „toten Winkel“ zu betrachten gewohnt ist und meint, daß sich hier bloß das Durchfahren lohne, gewiß überredend. Grenzmark und Ostmark verdienen es, daß man sie kennen lernt. Die kleine Schrift, die viel Wissenswertes vermittelt, kann auch den Zweifler davon überzeugen. Wer den nördlichen und den südlichen preussischen Osten in seiner Bedeutung erkennt, der fann an der Klammer, die diese beiden auseinander strebenden Stofflinien zusammenhält, nicht achtlos vorübergehen. Toter Winkel? Es kommt nur darauf an, was man daraus macht. Dr. K.

Deutsches Memelland. Von Dr. Kurt Gloger. Edwin Runge-Verlag, Berlin 1935, 64 Seiten, Preis 0,80 A.M. — Trotdem in letzter Zeit eine ganze Reihe neuer Memelbrochüren erschienen ist, verdient die Arbeit von Gloger einen besonderen Hinweis. Es finden sich in der geschichtlichen Betrachtung wie in der Darstellung der jüngsten Vergangenheit und der gegenwärtigen Lage des Memelgebietes in dieser Schrift eine Menge interessanter und charakteristischer Einzelheiten erwähnt, die sonst nur selten so leicht zugänglich sind. Wertvoll sind die zahlreichen Kartenbeilagen von Hiltens-Siegfeld, die neben den eingestreuten Federzeichnungen die Schrift beleben. Nützlich ist auch die im Aus-

hang beigelegte Statistik der memelländischen Wohnen. Einige Versehen im Text (z. B. Volksabstimmung statt: Volkszählung — S. 31, Bülferbund statt: all. und aff. Hauptmächte — S. 34, usw.) sind als solche zumest aus dem Zusammenhang zu erkennen. Die Broschüre ist als Schulungsmaterial gut geeignet. Dr. K.

Bollwert Ostpreußen. Von Dr. Walther Franz. Edwin Runge Verlag, Berlin 1935, 56 Seiten, Preis 0,80 A.M. — Knapp und übersichtlich ist die Darstellung, die Franz von Ostpreußen gibt. Den Hauptteil der Schrift nimmt ein guter Rückblick auf die geschichtliche Entwicklung Ostpreußens ein, der durch die beigelegten 28 Kartenstützen ungemein anschaulich wird. An gedrängter Form werden dann Landschaft und Wirtschaftskreis behandelt. Auch hier tragen die in den Text eingestreuten 23 kleinen Federzeichnungen viel zur Belebung der sachlich einwandfreien Darstellung bei. Eine Zeittafel, die im Anhang beigelegt ist, hält die wichtigsten Daten der ostpreussischen Geschichte fest. Der Leiter des BDD, Prof. Oberländer, schrieb ein Beileitwort für die Schrift, die sich gut als Schulungsmaterial eignet. Dr. K.

Danzigs Rechtsstellung unter dem Verfall der Diktat. Von Gustav Giere. Verlag Grenze und Ausland, Berlin W. 30, 1935, 60 Seiten mit zwei Karten. — Die Frage der Rechtsstellung Danzigs, die durch die neuen Verhandlungen mit Polen wieder besonders akut geworden ist, wird in dieser Schrift in klarer und knapper Form dargelegt. Tatsächlich fann sich der Verfasser in diesem engen Rahmen nicht mit den zahllosen Einzelfragen der Danziger Rechtsstellung befassen und auch nicht in eine Erörterung der Berücksichtigung der beiderseitigen Rechtsauffassungen eintreten. Er hat sich auf die Darstellung der wesentlichen Rechtsfakten beschränkt und in einem, die knappe Hälfte der Schrift umfassenden Anhang die wichtigsten vertrag-

lichen und sonstigen Bestimmungen, die Danzigs rechtliche Stellung regeln, wiedergegeben. Er hat auf diese Weise ein gut brauchbares Handbuch zur Danziger Frage geliefert. Unter den Vertragsstücken, die im Anhang beigefügt sind, sind besonders der sog. Pariser Vertrag vom 9. September 1920, der die Grundlage des Danzig-polnischen Verhältnisses bildet, und das Lebereinfommen über die Rechte der Polen in Danzig vom 18. September 1933 zu erwähnen. Was dieses letztere Lebereinfommen anlangt, so ist es in diesem Zusammenhang angebracht, auf eine Unstimmigkeit zu verweisen, die zwischen dem deutschen und dem französischen Text besteht. Im Artikel 1 dieses Lebereinfommens, der von der Errichtung öffentlicher Elementarschulen mit polnischer Unterrichtssprache handelt, heißt es im deutschen Text, daß solche Schulen zu errichten sind, wenn es „von Erziehungsberechtigten für mindestens 40 schulpflichtige Kinder polnisch er Herkunft oder Sprache“ beantragt wird; im französischen Text dagegen heißt es: „... des personnes legalement responsables de l'éducation d'au moins 40 enfants de l'âge scolaire ressortissants dantziokois d'origine ou de langue polonoise...“ („von den Erziehungsberechtigten von mindestens 40 schulpflichtigen Kindern Danziger Staatsangehörigkeit polnischer Herkunft oder Sprache“). Der Kreis der Kinder, die zur Errichtung einer öffentlichen Volksschule notwendig ist, ist im französischen Text also enger umrissen als im deutschen. Da es sich beim deutschen Text nur um eine Uebersetzung handelt, muß der für Danzig günstigere französische Originaltext als maßgebend angesehen werden. Unersichtlich bleibt es freilich, wie die falsche Uebersetzung in das „Glebbblatt für die Freie Stadt Danzig“ aufgenommen werden konnte. Es wäre vielleicht zweckmäßig gewesen, bei der Wiedergabe des erwähnten Lebereinfommens in der Broschüre von Gierse auf die immerhin nicht unwesentliche Abweichung des deutschen von französischem Text hinzuweisen. Im übrigen kann die außerordentlich klare Arbeit Gierse nur empfohlen werden.

Dr. K.

Dreihundertdreißig Lieder aus Hulschän. Von August Scholtis. Verlag Die Rabenpresse, Berlin 1935. Mit 35 Reproduktionen von Wilhelm Doms. — Scholtis hat 33 Lieder seiner Hulschäner Heimat aus dem Wasser- und Wäldchen übertragen, Spott- und Liebeslieder, Soldaten- und Wäldchenlieder. Wie sie immer wieder irgenmann und -weib im Walde entzücken und vom Walde gesungen werden. „Ach habe sie mir“, schreibt Scholtis dazu, „herzlich und gelanglich als unüberwundenes Erbgut meiner Herkunft bewahrt. Jedes einzelne dieser Liedchen ist irtzgleich in seinem Grundgehalt so tief, in seiner Lebensweisheit so einfältig, in seiner Gläubigkeit so unendlich breit und in seiner Liebe so hoch, daß es mir mandmal dünkt, jedes dieser dreihundertdreißig Lieder langte hin, ein ereignisreiches Epos runderum zu schreiben und den geheimnisvollen Sinn dreihundertdreißig Mal zu beschwören.“ Man darf es dankbar begrüßen, daß Scholtis, der in seiner „Baba“ Art und Wesen der zweisprachigen Menschen des oberhiesigen Landes lebenswahr zu schildern verstand, uns diese Lieder eines sich zum Deutschum bekennenden Wäldchens mitgeteilt hat.

Dr. K.

Josef Pilsudski. Der große Marschall. Von Dr. Wacław Lipinski. Offener Verlagsanstalt, Essen 1935. 79 Seiten. Aus dem Polnischen übertragen von Jean Paul d'Ardehan. — Bei dem vorliegenden Buch handelt es sich um die biographische Einleitung zu einer vierbändigen Ausgabe der „Erinnerungen und Dokumente“ von Josef Pilsudski, die im Verlage der Offener Verlagsanstalt zu erscheinen begonnen hat. Der Verfasser der Biographie ist Major im Warschauer Militärhistorischen Büro. Die Darstellung Pilsudskis ist ruhig, fast nüchtern. Er vermeidet es im allgemeinen, in politischen Dingen Werturteile zu fällen. Das unterscheidet ihn zu seinem Vorteil von den meisten politischen und historischen Schriftstellern Polens. Daß zu manchen Fragen in der deutsch-polnischen Beziehung, die Lipinski berührt, von deutscher Seite eine andere Auffassung vertreten werden kann, liegt in der Natur der Sache. Man wird von einem Polen nicht verlangen, daß er solche Fragen vom deutschen Standpunkt aus betrachtet, wie man es umgekehrt als abgemacht bezeichnen muß, wenn sich deutsche Schriftsteller eine polnische Brille ausleihen, wenn sie die Absicht

haben, sich über politische Dinge auszulassen. Wie in allen Büchern, die bisher in deutscher Sprache über den Marschall erschienen sind, so treten die Kräfte, die außer diesem an der Erringung der polnischen Staatsmacht mitgewirkt haben, auch in der Darstellung Pilsudskis jurist. Diese Art, die Kuiperfamtkeit ausschließlich auf den Marschall und seine nächste Umgebung zu lenken, wird der historischen Entwicklung, die mit dem Namen Pilsudskis verbunden ist, nicht gerecht. Es tut der Bedeutung dieses Mannes durchaus keinen Abbruch, wenn man auch der anderen gedenkt, die teils neben, teils gegen ihn auf der Erringung des neuen Staates mitgewirkt haben. Im Gegenteil kann erst auf dem Hintergrund dieser Anderen der Wert des Einen plastisch herausgearbeitet werden. Das heißt: Man wird Leistung und Eigenart Pilsudskis nicht recht begreifen, wenn man sich nicht auch eingehend z. B. mit seinem größten „inneren“ Gegenspieler, Roman Dmowski, befaßt. Und man ergreift durchaus nicht für den Führer der Nationaldemokraten Partei, wenn man feststellt, daß das Wert Pilsudskis ohne die Lebensarbeit seines innerpolitischen Feindes vielleicht nicht gelungen wäre. Daß ein polnischer Pilsudskianer Bedenken haben kann, seinen Marschall auf diesem Hintergrund zu schildern, mag verständlich erscheinen. Es muß aber doch betont werden, daß es für einen deutschen Beschauer der polnischen Entwicklung der letzten Jahrzehnte kaum denkbar ist, Pilsudski so zu sehen, als ob es einen Dmowski nicht gegeben hätte. Es bleibt noch die Frage, ob es notwendig und zweckmäßig war, die Einleitung zu einer deutschen Ausgabe der Schriften Pilsudskis von einem Polen schreiben zu lassen. Man muß diese Frage entschieden verneinen.

Dr. K.

Marschall Pilsudski. Der Schöpfer und Lenker des neuen Polen. Von Friedrich Wilhelm von Dörcken. H. Ritter Verlag G. m. b. H., Berlin W 35 1935. Mit 17 Abbildungen, 45 Seiten. Preis für 2,90 RM. Seiten 3,80 RM. — Dörcken beweist auch in diesem Buch wieder seine besondere Befähigung zu geschichtlicher Reportage. Die Episoden, die er aus dem Leben des Marschalls schildert, sind farbige und bewegt; sie prägen sich ein. Aber das Leben des Marschalls hat eben nicht nur aus diesen Episoden bestanden. Die Art der Stoffbehandlung bringt es mit sich, daß Dörcken mehr das äußere Geschehen beachtet, sich aber weniger in das eigentliche Wesen des Marschalls vertieft, das sich — wenigstens für die Zeit vor dem Raumituz — aus dessen eigener schriftstellerischer Tätigkeit ableiten läßt. Die Zeit nach dem Umsturz wird, wie übrigens in allen Pilsudskibüchern, auch von Dörcken nur oberflächlich behandelt, obwohl eine in die Tiefe gehende Darstellung sich gerade dieser Zeit der politischen Erfüllung eines kämpferischen Lebens zuwenden müßte.

Dr. K.

Deutsches Brautstum. Ein Führer durch die deutschen jahreszeitlichen Volksfeste. Von Kurt Böhm e. Ludwig Bogenreiter-Verlag, Potsdam 1935. 75 Seiten. Preis 1,40 RM. — Aus der unendlichen Vielgestaltigkeit deutschen Brautstums, das, landschaftlich und familiär verschieden, doch auf gemeinsame germanische Wurzeln zurückgeht, hebt Böhm e in stiftiger Darstellung das Wesentliche hervor und spricht über dessen Ursprünge, vielfach vergessene und abgehandelte Bedeutung. Er will nicht nur darlegen, was an allem Brautstum vorhanden ist, sondern zugleich Anregungen zu seiner Pflegestellung geben. Für die allenthalben sich regenden Kräfte, die eine den Bedingungen neuen Gemeinschaftslebens entsprechende Wiederbelebung alten Brautstums erstrebten, kann die Arbeit Böhm es ein nützlicher Wegweiser sein. Die oberflächliche Anordnung des Stoffes und ein Schlagwortverzeichnis erleichtern die Verwendung dieses praktischen Führers durch die deutschen Volksfeste. Dr. K.

Pertholiches

Geldene Hochzeit: Werther Gutlich Fegner und Frau Vertha, geb. Richter, Friederichshaber der Jägerzeitzeit Westmanns, fest in Vandenberg, Warthe, Westmannstraße 16, Wittgenberg (in Gründung der Dreißigjährigen) Landsberg, Warthe im Bund Teufelberg, am 28. 9.

Heirat: Herr Kaufmann Antoniana Schögel in Verrolin 21, Oppower Straße 4, früher Wils in Polen, am 28. 9. 1935.

Hochzeiten: Johannes Jaeger, geb. Brunnmann, Oberwin des Kreis Insaenrofers, 2. M. Ferdinand Jaeger, Landsberg, Westmannstraße 6, früher in Jahnshagen, am 6. 9. 1935.